

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1930**

140 (18.6.1930)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtabnahme des Anzeigenbestandes, bei geringerer Verbreitung und bei Kontos nach Tarif. Die Verlags- und Geschäftsbedingungen sind in der Nummer 1 des Jahrgangs zu entnehmen.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober, halbjährlich 12,50 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Vierteljährlich 6,25 Mark o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe I. 2, Waldstraße 28 o. Jernstr. 7020 und 7021 o. Postfach 1000. Druck: Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdstraße 12; Reiffert, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 140 Karlsruhe, Mittwoch, den 18. Juni 1930 50. Jahrgang

## Die Deckungspläne veröffentlicht

Wie sich Moldenhauer die Sanierung denkt - Kompromißversuch Preußens

Den langen entscheidenden Erklärungen des Reichsministeriums über die Deckungsvorlage ist jetzt die Drucksache der Deckungspläne gefolgt, die zunächst dem Reichstag und dann den Reichsstaatsräten vorgelegt werden. Die Vorlage betrifft die Reichshilfe der Reichsministerien, das Ledigen-Notopfer und die Änderung des Tabaksteuergesetzes.

Der Deckungsplan des Reichshaushalts setzt sich zusammen aus 443 Millionen Reichsmark für die Arbeitslosenversicherung, 150 Millionen Reichsmark für die Arbeitslosenversicherung, 12 Millionen Reichsmark für die Übernahme der Kosten der Reichsanstalt für Kriegerfürsorge und 150 Millionen Reichsmark aus den Mindereinnahmen an Zöllen und Steuern.

Die Deckung soll erfolgen:  
1. Durch Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung 194 Millionen  
2. Einsparung durch Reformen in der Arbeitslosenversicherung 115 Millionen  
3. Durch Ersparnisse (35 Millionen aus Etat 1929 und 25 Millionen aus Etat 1930) 60 Millionen  
4. Durch Reichshilfe der Reichsministerien 300 Millionen  
5. Durch Ledigennotopfer 40 Millionen  
6. Durch Verkürzung der Fristen bei der Tabaksteuer 46 Millionen

Außerdem sollen zur Förderung des Wohnungsbaus und damit zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten 100 Millionen Reichsmark aus dem Reichshaushalt in gleicher Höhe ein Zwischengeld gemäß dem Bauzinsgesetz vom 26. März 1929 und schließlich 50-60 Millionen Reichsmark aus dem Vermögen der Landesversicherungsanstalten zur Verfügung gestellt werden.

Es müßte also rund 1 Milliarde Reichsmark schleunigst beschafft werden, um die Mindestausgaben zu decken. Der Inhalt der neuen Deckungsvorlagen ist im folgenden kurz wiedergegeben:  
Nach dem Entwurf eines Gesetzes über Reichshilfe der Reichsministerien haben vom 1. Juni 1930 an bis auf weiteres einen Beitrag zu zahlen, Personen, die nach §§ 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes steuerpflichtig sind, und deren Einkünfte sich aus nicht selbständiger Arbeit ergeben. Darunter fallen Gehälter, Beurlaubungen, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen oder unter sonstiger Benennung erwähnte Bezüge, geldwerte Vorteile und Entschädigungen an die im öffentlichen oder privaten Dienst angestellten oder beschäftigten Personen (§ 36 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes).

Das Gesetz will aber nicht alle vom Einkommensteuergesetz erhobenen Personen treffen, sondern nur die Reichsministerien. Dazu gehören:  
1. Die Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder, der Gemeinden (Gemeindevorstände), der Reichsanstalt, der sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, der deutschen Reichsbahn-Gesellschaften und der Soldaten der Wehrmacht.  
2. Die Beamten und Angestellten bei Unternehmungen oder Einrichtungen mit überwiegend Kapitalbeteiligung der unter 1. bezeichneten Körperschaften.  
3. Die Empfänger von Wartegeldern, Ansehensgehältern, Witwen- und Waisengeldern und anderen Bezügen oder geldwerten Vorteilen für frühere Dienstleistungen; die vom Reich, von den Ländern und den übrigen unter 1. und 2. bezeichneten Körperschaften und Unternehmungen oder Einrichtungen gewährt werden.  
4. Sonstige Personen, also in der Privatwirtschaft beschäftigte Personen, deren Einnahmen den Betrag von 8400 Reichsmark jährlich übersteigen, und soweit sie nicht der Arbeitslosenversicherung unterliegen.

5. Mitglieder des Aufsichtsrates von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A., G. m. b. H., Genossenschaften und sonstigen Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen des privaten und öffentlichen Rechts, bei denen die Beitragspflichtigen nichts als Arbeitnehmer ansprechen sind.  
Von dem Beitrag sollen befreit sein: Arbeitnehmer, bei denen ein Steuerbeitrag vom Arbeitslohn nicht zu bezahlen ist, und Angehörige in obengenannten Stellungen, sofern sie nicht seit dem 1. Juli 1929 oder einem späteren Zeitpunkt fortlaufend ein Jahr hindurch in Beschäftigung gestanden haben.  
Der Beitrag beträgt 4 vom Hundert, bei Angestellten im öffentlichen oder diesem gleichgestellten Dienst, sofern sie der Arbeitslosenversicherung unterstellt sind, 2 v. H. Einmalige Einnahmen (Tantiemen, Gratifikationen usw.) unterliegen dem Beitrag, mit Ausnahme derer, die in diesem Kalenderjahr vorangegangenen Kalenderjahr oder in den in diesem Kalenderjahr endenden Steuerzeiträumen der Einkommensteuer unterliegen haben. Dieser Beitrag ist fällig zur Hälfte am 10. Oktober und 10. Januar.

Die Auswirkung der Beiträge wird an folgenden Beispielen erläutert:  
1. Ein verheirateter Beamter mit 3 minderjährigen Kindern und einem Monatsgehalt von 500 M. zahlt als Reichshilfe monatlich 4 v. H. von 500 M. = gleich 20 M.  
2. Ein lediger Angestellter im öffentlichen Dienst erhält einen Monatsgehalt von 300 M. Als Reichshilfe zahlt er monatlich 4 v. H. = gleich 12 M.  
3. Ein verheirateter Privatangestellter mit 2 minderjährigen Kindern und einem laufenden Monatsgehalt von 3000 M. und monatlich 4 v. H. von 3000 M. = gleich 120 M. Bei der Tantieme zahlt er 4 v. H. der Reichshilfe für 1930 wie folgt:  
4 v. H. von 1/2 von 20.000 M. = 400 M. zahlbar am 10. Oktober 1930 und 10. Januar 1931 je zur Hälfte.

Die Beiträge werden vom Lohn einbehalten und müssen vom Arbeitgeber an das Finanzministerium abgeführt werden. Sie können zurückgefordert werden, wenn der Beitragspflichtige im Laufe des Rechnungsjahres aus dem Beschäftigungsverhältnis ohne Verzug ausgetreten ist und nicht innerhalb dreier Monate ein Beschäftigungsverhältnis wieder erlangt hat oder wenn sich keine Bezüge so gemindert haben, daß der Gesamtbetrag des Einkommens im Rechnungsjahr hinter der steuerpflichtigen Grenze zurückbleibt. Die Reichshilfe fließt ausschließlich dem Reich zu. Die Reichsregierung will sich ermächtigen lassen, dieses Gesetz mit Wirkung vom 1. April 1931 ab zu mildern oder außer Kraft zu setzen.

Der Entwurf eines Gesetzes über ein Ledigennotopfer verlangt von den ledigen und unverheirateten einkommensteuerpflichtigen Personen für die Zeit vom 1. Juli 1930 bis 31. März 1931 ein Notopfer in Höhe von 10 v. H. des Einkommens. Als ledig im Sinne des Gesetzes gelten nur die Personen, die nicht verheiratet sind oder waren. Unverheiratete Frauen, denen Kindererziehungsleistungen nach dem Einkommensteuergesetz zufließen, sind vom Notopfer befreit. Das Notopfer soll, wie die Lohnsteuer, durch Einbehaltung vom Arbeitslohn vom Arbeitgeber an das Finanzamt abgeführt werden. Dieses Notopfer ist in zwei gleichen Beträgen am 10. Oktober und 10. Januar zu entrichten. Bei Steuerpflichtigen, die hauptsächlich Einkünfte aus Landwirtschaft beziehen, ist das Not-

opfer in zwei gleichen Beträgen am 15. November und 15. Februar zu entrichten. Auch dies Notopfer fließt ausschließlich dem Reich zu.

Der Vorgang zeigt, daß die Reichsregierung bei ihren Versuchen, die Reichsfinanzen zu sanieren, an alles andere denkt, nur nicht daran, den wirklichen Besitz und die wirklich großen privaten Einkommen zu belasten. Eine Erhöhung der Besitz- und Verkehrssteuer hält die Regierung nicht für möglich; sie will ja die Wirtschaft „entlasten“, sieht aber nicht, daß sie den wichtigsten Teil der Wirtschaft, die menschliche Arbeitskraft, überbelastet. Gleichzeitig wird jedoch die Kaufkraft noch weiter vermindert als bisher und in weitesten Kreisen eine Verdrossenheit erzeugt, die nicht zum Guten ausfallen kann. Statt zunächst durch ein Vorgehen gegen die Kartelle auf eine Preislenkung zu drücken und damit das Lebensniveau in Deutschland billiger zu gestalten, was zweifellos Auswirkungen auch nach der Einkommensteuereite hätte, geht die Regierung den umgekehrten Weg.

Damit im Dienste der Sanierung der Finanzen doch irgend etwas Positives zustande kommt, versucht nun die preußische Staatsregierung, wie uns jenseits telephonisch mitgeteilt wird, den Weg eines Kompromisses. Die preußische Staatsregierung befähigte sich am Dienstag mit der Vorlage

## Fricks Absfuhr im Reichstag

Mißlungene Ketuschierungsversuche

Berlin, 17. Juni. (Sta. Draht.) Der Reichstag setzte am Dienstag die Beratung des

Vorschlags des Reichsinnenministeriums fort. Im Vordergrund stand dabei der Fall Frid. Dazu ist der thüringische Staatsminister Dr. Frid selbst in die parlamentarische Arena nach Berlin geeilt. Am Dienstag trat er im Reichstag ein - freilich nicht als Staatsminister, sondern als nationalsozialistischer Abgeordneter. So viel Vorfreude hat ihm die Kritik doch schon angetragen, daß er nicht mehr wagte, im Namen der thüringischen Staatsregierung zu sprechen.

Abg. Frid (Nat. Soz.) zeigte sich in seiner Reichstagsrede als das Gegenteil von Tapferkeit. Er hielt nicht zu dem, was er in Thüringen getan hat. Er entschuldigt, er beschönigt, er dient um, er windet sich so, daß ihm die sozialdemokratischen Abgeordneten ständig zurufe machen. So meinte er, als Gegenwort auf die einseitigen oder aber eine Notwendigkeit. Das Haus lachte ihn aus. Die Weierkeit verklärte sich, als er mit falkischem Jungensprache vom „Landesherrenrecht“ Thüringens sprach. „Seine Hoheit Herzog Frid“ riefen belustigt Abgeordnete. Die formwählenden Unterredungen machten Herrn Frid schließlich nervös. Seine Parteifreunde Gähbels und Dreher brüllten ständig als rassistische Beleidigungen in den Saal. Der Vizepräsident Eller wies diese unparlamentarischen Ausfälle aus dem Saal. Vorher schon war der Nationalsozialist Stöber wegen ständiger roher Zurufe hinausgewiesen worden.

Dr. Frid versuchte den harmlos braven Staatsbürger zu spielen. Die Nationalsozialisten bedrohen die Verallgemeinerung? Im Gegenteil: Herr Frid gelobt, daß er seinem Eid getreu die Verallgemeinerung schütze werde, so gegen - die Sozialdemokratie! Aber er (Frid) hat doch am 9. November 1923 seinen Verallgemeinerung und Beamteneid gebrochen? Ja, wo, antwortete Herr Dr. Frid, damals waren die Verhältnisse ganz andere, woraus zu schließen ist, daß Herr Dr. Frid genau so wie 1923 mit seinem Eid umgehen könnte, wenn die Verhältnisse sich wieder ändern. Feinlich wurde der Auftritt, als Frid für die religiöse stillige Erneuerung sich einsetzte. Er sprach nämlich über seine Hohbede. Erst verlorste er, um die Sache heranzuführen, aber er war entschieden nicht falkisch. Die sozialdemokratische Fraktion brachte ihn durch ständige Zurufe dazu, seine künstliche Haltung zu verlassen und wider Willen die volle Wahrheit zu sagen. So schreit er denn endlich in den Saal hinein, daß sich seine Hohbede auch gegen die Juden richten, etwas, was er zunächst glauben verurteilen zu können. In großer Nervosität gab er dann weiter zu, daß ein anderes Gebot, das gegen Verrat und gegen Betrug den Betrug anleitet, gegen die Sozialdemokratie sich richte. Minutenlang schreit die Sozialdemokratie diesem Menschen ihre Verachtung ins Gesicht. Als er fertig ist, rufen einige Deutschnationale ihm ihren Beifall zu, darunter auch der Abgeordnete Dr. Spahn.

Reichsinnenminister Dr. Wirth erhob sich sofort und er hatte diesmal einen glücklichen Tag. Mit ebener Ruhe hielt er dem Gehe des Dr. Frid Tatsachen gegenüber. Im Gegensatz zu der Schilderung Frids habe der thüringische Staatsminister Frid sich sehr scharf im Reichsinnenministerium gegen seinen hunderbaren Ministerkollegen ausgesprochen. Frid will, so sagte Wirth, die Strafe des Himmels gegen Betrug und Verrat herablassen. Der Minister Frid habe versessen, daß er selbst einmal Hochverrat begangen habe. Er läßt also gegen sich selbst belegen. Dann tritt der Reichsminister für den amtlichen Bericht über die thüringischen Staatsverhältnisse. Er überführt den jetzt so zahlenden Frid mit besten eigenen Worten in Thüringen. Dort habe er im Gegensatz zu den heutigen Abwägungsversuchen sich zu den

antijewischen Gebeten bekannt. Schließlich verlas Wirth das Gutachten eines hervorragenden evangelischen Theologen über die Gebetsformeln des Herrn Dr. Frid und siehe da, dieser evangelische Sachverständige hat festgestellt, daß die Gebete des Landesherren Dr. Frid auf alttestamentarischen Formen beruhen. Da steht nun der Antijew mit rotem Kopf, und der ganze Reichstag lacht ihn minutenlang aus. Die Nationalsozialisten im Landtag werden sagen: „So geht es nun! Selbst wenn man antijewische Gebete einführt, kommt man schließlich dahinter, daß sie von Juden herühren. An allem sind eben die Juden schuld.“ Frid wagte kein Wort der Verteidigung. Wirth schloß unter großem Beifall mit der Erklärung, daß er die Verlesung verlesen würde, wenn er einem solchen Polizeiminister Reichsgelder zumuten lassen wollte. Damit hat sich Wirth endlich auf den Boden gestellt, den wir ihm schon vor Wochen angedeutet haben.

Als gleich darauf der thüringische

Abg. Frölich (Soz.) das Wort ergriff rief der Abgeordnete Frid aus. Er machte es wie im Krieg und zog sich in die Ecke der Klubstube zurück. Frölich schenkte ihm durchaus nichts, er charakterisierte diesen Menschen, der ständig von Wehrwillen und Freiheitskampf sprach, aber sich während des Krieges in bequemem Stuhlungen der Seimat aufhielt, statt seinen Wehrwillen an der Front zu zeigen. Immer sei Frid dort zu treffen, wo es nicht gefährlich sei. Frölich wies dann in Einzelheiten nach, wie jammervoll die bürokratischen Koalitionsparner der Nationalsozialisten sich in Thüringen benehmen. Die Nationalsozialisten lebten von der Feigheit des Spießbürtums.

Zu Beginn der Sitzung hatte auch der Volkspartei v. Kardorff mit den Nationalsozialisten abgerechnet und erklärt: Nationalsozialisten gehörten nach ihrer politischen Einstellung nicht an leitende Beamtenstellen. (Abg. Frid (NS.): Wollen Sie doch den Landtag auf! - Abg. Stöber (NS.) erhält wegen unparlamentarischer Zurufe zwei Ordnungsrufe!) Der Fröliche Erlass über die Schulgebühren war eine Blasphemie. (Große Unruhe bei den Nationalsozialisten. Abg. Stöber (NS.) wird vom Präsidium aus dem Saal gewiesen, als er ruft: „Das ist zum Röhren!“) Die Uniformverbote seien zu begrüßen, die Durchführung des Massenverbotes solle noch energischer erfolgen als bisher.

Abg. Reich von der Bayer. Volkspartei schließt sich Kardorff an und selbst Herr Mumm kritisiert Frids Hohbede.

Der Kommunist Dr. Neubauer, einst als Vaterlandsfreund ein Geistesverwandter Frids, und noch jetzt der alte Präseur, machte die Sozialdemokratie für Frid verantwortlich.

Dann nahm sich der sozialdemokratische Abgeordnete Crispian den Kundfunk vor, der noch immer auf entscheidenden Gebieten rein bürokratisch eingestellt sei. Warum sei im letzten Augenblick die Übertragung der Berliner Waise verboten worden? Aufeinander nur deshalb, weil die Berliner Sozialdemokratie in einem besonderen Anruf, der mit der eigentlichen Waise gar nichts zu tun hatte, auch einen Angriff auf die Brünnische Politik gerichtet hatte. Crispian verlangt ein Reichsrundfunkgesetz. Innenminister Dr. Wirth gab zu, daß Crispians Darstellung richtig ist. In der Tat habe zwar nicht ein sozialdemokratischer, aber ein gewerkschaftlicher Anruf zu der ablehnenden Haltung der Rundfunkgesellschaft geführt. Welch eine Kleinlichkeit, welche eine Unmöglichkeit, welche eine Parteilichkeit zugunsten der Kirche, die hundertfach im Jahr in religiösen Feiern zu Wort kommt.

Der Tag schloß mit einer warmherzigen Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Schred für die Unterstützung des Sports durch das Reich, besonders für die Sportkultur der Arbeiterklasse und für die soziale Entwicklung der Sportkultur.

Fortsetzung der innerpolitischen Aussprache am Mittwoch um 10 Uhr.

der Reichsregierung zur Deckung der Fehlbeträge im Reichshaushalt und im Haushalt der Reichsanstalt für die Erwerbslosenfürsorge. Die preussische Staatsregierung beschloß, der Sondersteuer für die Festbesolderten nicht zuzustimmen, vielmehr der Reichsregierung vorzuschlagen, die Beamten und diejenigen Angestellten, die ein gesichertes Einkommen von mehr als 8400 M beziehen, zu den Ausgaben der Reichsanstalt für Erwerbslosenfürsorge heranzuziehen. Sie würden alsdann den Beitrag, das sind 2% Prozent, zu zahlen haben, den nach der Erhöhung der Beiträge die Arbeitnehmer zahlen müssen.

Die preussische Staatsregierung ließ sich, wie amtlich dazu erklärt wird, bei ihrer Beschlußfassung von dem Gedanken leiten, daß es bei der außerordentlichen Notlage und Erwerbslosigkeit weiter Grundes des Volkes nicht unbillig sei, auch den in gesicherter Lebenslage befindlichen Beamten und Angestellten ein Opfer für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuzumuten. Die Vorschläge der preussischen Staatsregierung ergeben gegenüber den Vorschlägen der Reichsregierung eine Mindererhebung von 123 Millionen. Die Staatsregierung beschloß, der Reichsregierung einen Ausbau des Reibens-Motopfers vorzuschlagen, durch den eine Mehrerhebung von 50 Millionen erzielt werden könnte. Der dann noch verbleibende Unterschied müßte durch Einsparungen oder schärfere Besteuerung des Tabaks gemindert werden. Besonders bedenklich sind die vorgeschlagenen Kürzungen für die Gemeinden, die durch die steigenden Lasten der Wohlfahrtsfürsorge immer stärker bedroht werden. Die preussische Staatsregierung beschloß daher, weiter der Reichsregierung die Einführung einer allgemeinen Getränkesteuer unter Freilassung der Milch in der Form einer Schanksteuer vorzuschlagen.

Die preussische Staatsregierung bezweckt, wie uns dazu weiter mitgeteilt wird, mit ihrem Beschluß, den als Notopfer gedachten Vorschlägen den Charakter einer reinen Beitragsverpflichtung für die Reichsarbeitlosenversicherung zu geben. Sie ist der Auffassung, daß in einer Zeit, in der 3 Millionen Volksgenossen arbeitslos sind, diejenigen, die vor der Not der Arbeitslosigkeit geschützt sind, die Pflicht und Schuldigkeit haben, diesen Volksgenossen zu helfen. Deshalb soll eine Beitragspflicht festgesetzt werden, die ausschließlich der Reichsarbeitlosenversicherung zugute kommt und in dem Augenblick aufhören soll, in dem die eigentliche Wirtschaftskrise erlischt und die gemeinsamen Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht mehr als 3 Prozent betragen. Auf diese Weise will man den Beamten und Angestellten wenigstens die Gemütsruhe verschaffen, daß die Sondersteuer ausschließlich den Arbeitslosen, also den Vermitteln unter den Armen, zugute kommen.

Im Reichsfinanzministerium ist man — wie von unrichtiger Seite verlautet — zur Zeit dabei, die Deckungspläne der Regierung einer neuen Nachprüfung zu unterziehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung von sich aus dem Reichsrat bereits bestimmte Änderungen ihrer Deckungspläne in Vorschlag bringt. Vor allem scheint sie bestrebt, den Plan der von ihr in Aussicht genommenen Reichshilfe den Vorschlägen der preussischen Regierung anzupassen.

Ein rechtsstehendes Morgenblatt gibt die Abänderungsvorschläge der preussischen Regierung zur Reichshilfe unter der Schlagzeile wieder: „Die Sozialdemokratie wittert Morgenluft“. „Sie will sich auf dem Umweg über Preußen in die Reichsfinanzpolitik einschalten“.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die Sozialdemokratie von den Beschlüssen der preussischen Regierung bzw. ihrer Absicht vorher ebensowenig Kenntnis hatte, wie alle anderen Parteien. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bisher nicht einmal Gelegenheit gehabt, sich mit den übrigen erit am Dienstag nachmittag bekannt geworden Vorschlägen der preussischen Regierung zu befassen. Abgesehen davon kann keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokratie die Absicht hat, sich im gegenwärtigen Reichstag noch praktisch an der Regierung zu beteiligen. Sie hat jedoch als große Partei auch in der Opposition die Pflicht, sachlich mitzuarbeiten und ihrer Ansicht entsprechend für die Befestigung des Reichsdefizits zu sorgen.

**Abchiedsbericht des Reparationsagenten**

**Scharfe Kritik an Deutschlands Finanzpolitik**

Barter Gilbert, der Reparationsagent, hat sich jetzt mit einem Schlußbericht für die Uebergangszeit zum neuen Plan (1. September 1929 bis 17. Mai 1930) von Deutschland verabschiedet. Während der ganzen Zeit des Dawesplanes, so heißt es in diesem Bericht, seien die Reparationen von Deutschland vollständig bezahlt und transferiert worden und zwar in Höhe von annähernd 8 Milliarden Goldmark. Die deutsche Währung habe seit dem Inkrafttreten des Plans jederzeit nach innen und außen den praktischen Anforderungen einer Goldwährung genügt.

Barter Gilbert nimmt jedoch nicht Abschied, ohne an den Methoden der Reichsfinanzpolitik noch empfindliche Kritik zu üben. Nach seiner Meinung habe es, obwohl die öffentlichen Einnahmen das wesentliche Material für ein ausgeglichenes Budget liefern, an der Entschlossenheit gefehlt, die Ausgaben innerhalb der Schranken des verfügbaren Einkommens zu halten. Die Lasten der deutschen Wirtschaft würden gerade jetzt in einem Augenblick ernstlich vergrößert, wo die Wirtschaft sich auf die durch das Sinken der Weltmarktpreise und den allgemeinen Konjunkturrückgang geschaffene Situation umstellen müsse. So werde mit dem Inkrafttreten des neuen Plans die Reform der öffentlichen Finanzen zum wichtigsten Problem der deutschen Regierung und des deutschen Volkes. Wenigstens im Augenblick seien zur Ordnung der Reichsfinanzen Steuererhöhungen nicht zu umgehen.

Die Aufmerksamkeit müsse aber heute in erster Linie auf die Ursachen der Budgetschwierigkeiten des Reiches gelenkt werden. Vor allem sei der Grundfalsch nicht betätigt worden, daß die Regierung sich nach der Deduktion müsse. Finanzausgleich, Verwaltungsreform und Reform der Arbeitslosenunterstützung seien nicht entschlossen genug in Angriff genommen worden. Neue gesetzliche Maßnahmen seien vielfach ohne angemessene Berücksichtigung ihrer finanziellen Auswirkungen getroffen worden, wobei einer der schlimmsten Fälle die allgemeine Gehaltserhöhung vom Oktober 1927 gewesen sei, deren Kosten praktisch weit über die ursprünglichen Berechnungen hinaus gegangen seien. Endlich sei das Budget noch immer in solches Dunkel gehüllt, daß eine heilsame Kritik der Öffentlichkeit und des Parlaments erschwert sei. Barter Gilbert nennt dafür als Beispiel die Anweisung besonderer Einnahmen für besondere Zwecke außerhalb des Budgets, die durch gegenseitige Uebertragung von Etatmitteln nach komplizierter Unterscheidung zwischen ordentlichen und außerordentlichem Etat und weiter folgt der Hinweis, daß das Parlament oft erst ein klares Bild bekomme, wenn die Ausgaben bereits gemacht und Defizite entstanden seien. Das Problem der Einjährig-

lung der öffentlichen Ausgaben sei zu lösen, wenn der Wille dazu vorhanden ist.

Der neue Plan sei ein Akt des Vertrauens auf den guten Willen und die finanzielle Integrität Deutschlands. Deutschland könne seine öffentlichen Finanzen in Ordnung bringen, wenn nur ungefähr die gleichen Anstrengungen jetzt auf die Finanzreform verwendet würden, wie sie zur Zeit des Dawesplanes dem allgemeinen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft gewidmet worden sind.

**Fricksche Maßregelungspolitik**

Weimar, 17. Juni (Eig. Bericht). Der Bulldogge Frid hat den Lehrer und sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Reich Räder-Altenburg in den Varietendirektor. Diese Maßnahme kann nicht anders als ein Raubakt Fricks gegen Räder bezeichnet werden. Ein iachlicher Grund für die Amishebung ist nicht gegeben und auch geleglich nicht begründet. Die Maßregelung ist als ein Mißbrauch von Staatsgewalt zu politischen Zwecken zu betrachten. Von den hundert Lehrerstellen in Altenburg war eine Stelle abzuhauen und zu diesem Zwecke hat sich Frid ausgerechnet den sozialdemokratischen Lehrer Räder herausgeholt, der über ausgesprochene Kenntnisse verfügt und erst 33 Jahre alt ist.

Räder ist in kurzer Zeit der dritte Sozialdemokrat, den Frid aus dem Amte entfernt hat. Zuerst mahnte er den Oberregierungsrat Jakob aus dem Volksbildungsministerium, dann folgte der Oberregierungsrat Dr. Herrling und nun Lehrer Räder. Das letzte Wort dürfte in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen sein.

Was würden wohl die badischen Nationalsozialisten sagen, wenn man ihre Anhänger, also die Anhänger einer Umsturzarbeit, mit den gleichen Maßnahmen würde wie Herr Frid die Vertreter der verfassungsmäßigen Einrichtungen?



Noch niemals gelang es einem Minister, der Kultur seines Landes so reslos seinen Stempel aufzudrücken.

**Hitler, Salomonjohn & Co.**

**Was die Firma Eugenberg in sich vereinigt**

Die Eugenberg-Presse ist seit dem Volkseinstich bekanntlich framm für die Nationalsozialisten eingestellt und peibet die Braunhemden durch die däm. Die Nationalsozialisten ihrerseits schwören, daß ihr Kampf dem Kapitalismus, ganz besonders aber dem jüdischen Finanzkapital, gelte. Der Eugenberg-Kern aber als ein durchaus finanzkapitalistisches Gebilde kann auf die Mitarbeit des jüdischen Finanzkapitals keinesfalls verzichten. So eracht sich denn in der Eugenberg-Presse, in der Eugenberg-Schau ein reisender Gefinnungsfeldbuddel, der im „Montag“ folgen-dermaßen ausföhrt:

Zunächst vier oder fünf Meldungen über Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten mit politischen Gegnern, wobei die Statuten der Braunhemden durchgehend als „Rotwehre“ entschuldigt werden. Darunter dann folgende Notiz:

Dr. Arthur Salomonjohn † (amohb: † Red). ... Mit Salomonjohn ist einer der führenden Männer des deutschen Volkseinstichs von uns geföhrt, einer von denen, die den jüdischen Krieg an leitender Stelle miterlebt, an ihm erfohlreich mitgewirkt haben. ... Wenn sich die Disconto-Gesellschaft eine führende Stellung unter den deutschen Banken hat erkämpfen können, so ist das nicht zuletzt seinem großen Können, seiner Arbeitskraft und seinem Schärfsinn in allen wirtschaftlichen Dingen auszuföhren.

Gesöhft ist Gesöhft. Hitler ist ein Gesöhft für Eugenberg, Salomonjohn bzw. Disconto-Gesellschaft ist ein anderes — wahr-scheinlich weit besseres Gesöhft für unseren Zukunftsbildner. Hitler plus Salomonjohn, — darnest genächt hält besser. Tuden raus! Tuden rein! Rieber das jüdische Finanzkapital! Heil Hitler! Hoch Salomonjohn!

**Hakenkreuzflegeleien vor Gericht**

Schweidrit, 17. Juni. (Eig. Bericht). Im Schweidritzer Prozeß sehter sich die Hakenkreuz Flegeleien, die jeder Be-rechtigung barten.

Als sich der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Lörber, Reslau, erlaubte, an einen als Zeuge erschienenen 21jährigen nationalsozialistischen Handlungsgehilfen einige Fragen zu richten, schrie dieser un-reife Lärmel: „Ich unterhalte mich nur mit Deutschen, nicht mit Juden. Ich antworte nur deutschen Richtern“. Trotz der Aufforderung des Vorsitzenden, dem Rechtsanwalt zu antworten, verweigert der Bürsche weiter jede Aussage. Auf Antrag des Rechtsanwaltes führt der Vorsitzende schließlich einen Gedächtnis-beschluß herbei, der den fleckhaften Hitlerianer mit der lächerlich-niedrigen Ordnungsstrafe von zehn Mark belegte. So viel der Lommt er ungefähr als Zeuge an Geföhren.

Andere nationalsozialistische Zeugen markierten am Montag in Wanderleidung mit aufgefremelten Hemden, Armeln vor dem Richterlich auf. Der Vorsitzende weist höflich darauf hin, daß es sich nicht steme, in diesem Aufzug vor Gericht zu erscheinen. Ein Zeuge sagt, das siege am System. Damit der Zeuge erwidert: Der nächste Zeuge erscheint trotz der Mahnung des Vorsitzenden ebenfalls in Wanderleidung mit aufgefremelten Hemden. Der Vorsitzende hat sich inzwischen daran gewöhnt. Er läßt die Flegeleien gemähren.

So wird die Autorität und das Ansehen der deutschen Gerichte mit Jüden getreten, ohne daß sich ein Verteidiger fände.

**Lohnabbau**

Gegen untre Wirtschaftskrise föhren wir den Schloßhof dröhnen. Stegermaut prägt die Devise: Feste runder mit den Können!

Allerdings — ergänzt er leise — Mühten die Industriellen Dann auch überleits die Preise Ein Todechen tiefer stellen.

Na, da wird in eitel Wonne In die Arbeitsmänner fahren, Daß am Eisen sie per Lonne Zwei Mark achtzia Pfennig baren.

Bitte, stellt euch nicht so bide In den Unternehmerkreisen! Will'ges Eisen bricht nicht Aste. Nur die Not bricht manchmal Eisen. Sodo!

**„Die Reklame“**

**Eine aktuelle Betrachtung**

Das Mittel, das darauf abzielt, eine Sache bekannt zu machen und Liebhaber zu gewinnen, nennt man Reklame. Es dient also zur Kundenwerbung und ist für den Markt der arbeitenden Wirtschaft lebensnotwendig geworden. Infolge gesteigerter Spezialisierung der einzelnen Unternehmungen gewinnt die Reklame fortwährend an Bedeutung. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Reklame immer wirksamer und auffällender zu gestalten, und endlich erfordert sie sogar ein wahres Studium, so daß man heute von einer Reklamekunst reden kann.

Die Mittel, deren sich die Reklame bedient, sind an allererster Stelle die Zeitungen und Zeitschriften, welche wohl mit Recht den größten Erfolg hierin nachweisen können. Ferner sind es die Plakate, die Lichtreklame und die Schaufensterausstellungen. Zuletzt kommt noch in Frage die Zuhörerschaftsveranstaltungen aller Art und die Werbung durch Rundfunk.

Der volkswirtschaftliche Nutzen der Reklame liegt darin, daß durch sie die Arbeitseilung gefördert, Spezialisierung und Rationalisierung ermöglicht werden. Der Nachteil aber ist der, daß die Größe des Absatzes der Waren nicht mehr allein von deren wirklichem Wert abhängt. Dabei ist sie gleichzeitig die Preiswertquelle für den Massenverbrauch, der die Reklamekosten leichter tragen kann, als die kulturell wichtige Produktion für individuelle Bedürfnisse. Anders als auch neue Bedürfnisse erschaffen läßt, führt sie leicht zur Verschwendung und zur Verschärfung der sozialen Gegensätze, erhöht also eine bestehende Krisengefahr.

Der Reklame durch unrichtige Angaben macht — unlautere Reklame — macht sich nach § 3 des HGB, eines Vergehens schuldig und kann bei wissenschaftlicher Zurechtfindung durch die Reklame mit Gefängnis bis zu 1 Jahre bestraft werden.

Unter Reklamekunst verstehen wir die Verwendung künstlerischer Mittel zur Erzielung der Wirkung der Reklame, sowie die geistliche Organisierung aller zur Erreichung dieses Zieles notwendigen Maßnahmen, Malerei, Graphik, Plastik und Architekt.

Durch die überaus große Bedeutung der Reklame, insbesondere der Zeitungsreklame, wurde die Kunst der Wissenschaft, zur Reklamepolitik für Werbemittel. Ihre Entwicklung in den Kindertagen beginnt bereits bei den Römern des klassischen Altertums. Im Mittelalter entstanden bemerkenswerte Stücke der Schmiedekunst für Aushängeschilder der Wirthehäuser und Herber-

gen. Das 16. und 17. Jahrhundert kennt Flugblätter und Reklamemadagen mit originellen Holzschritten. Das 18. Jahrhundert entwickelte großartig geföhrt, das 19. Jahrhundert entwickelte großartig geföhrt, das 20. Jahrhundert entwickelte großartig geföhrt. In unserem Jahrhundert, in dem die Ausbeute der Industrie, feiert die Hochkonjunktur von Handel und Industrie die Wölkchen der Reklamekunst zum Kulminationspunkt. Die Faktoren, die dabei ausschlaggebend sind, können durch ihren Gehalt oder durch ihre Form wirken. Inhaltlich wirken sie auf den Sinn ein, auf das Denken oder auf das Föhlen. Mittels ihrer Form wirken sie durch ihre Anzahl, Anordnung, Dauer und Wiederholung in räumlichen Zeitpunkten. Alle diese Einzelwirkungen sind gleich wichtig. Der Wertungsgrad kann ermittelt werden, indem man den Inzeratenteil einer Zeitung flüchtig, wenn auch vorachrichtlichem Tempo durchflütert und dann entsprechend be-richtet.

Die Reklamekunst weiß, auf welche Werbefaktoren ein bestimmtes Publikum zu einer gegebenen Zeit am lebhaftesten reagieren wird, und findet infolgedessen überraschend wirkliche Formen. Ein Beispiel für multimedialitäre Reklame war eine „Dob!“-Hier treffen das wohlklingende, angenehme „Dob!“ (Dob!-Dob!-Geruch-Dust) hervorruhende Reklamewort die im Sinne, Aufmerksamkeit und Gedächtnis gleichartig wirkende Wölkchen, Aufmerksamkeit und Gedächtnis gleichartig wirkende Wölkchen, Aufmerksamkeit und Gedächtnis gleichartig wirkende Wölkchen, Aufmerksamkeit und Gedächtnis gleichartig wirkende Wölkchen.

Durchschnitt sämtlicher Werbemittel nach neuesten Forschungen einig und allein die Werbung im Inzeratenteil einer Tageszeitung nicht nur großer Verlehr, sondern mit vornehmlich der Zeitungsanzeigen Abonnenten, wenn sie in Form und Inhalt durch denologischer geordnete Wiederholung den empfindlichen erworbenen Gesichtspunkten voll und ganz entspricht. W. K.

# Freistaat Baden Der Kampf gegen die Anarchie

Ein Erlaß des Reichsjustizministers

Als Protest gegen die Bluttat der Hakenkreuzer in Mannheim im veranfaßte die Bevölkerung Mannheims am Montagabend eine gewaltige Kundgebung, über die die Mannheimer Volksstimme u. a. berichtet:

Schon am Sonntag, als die ersten Nachrichten von dem feigen Überfall nationalsozialistischer Messerhelden auf friedlich ihres Weges marschierende Reichsbannerleute durch die Stadt eilten, hatte sich der freiheldlich gefinnten Bevölkerung Mannheims eine große Erregung bemächtigt, die höchstens noch durch die ihre Abscheu aller anständig denkenden Menschen gegen die mit der Wordmaße gegen Bedrohungen vorgehenden Reglementer zum Hakenkreuz übertrafen wurde. Wie groß die Erregung über die unabwehrliche Tat der nationalsozialistischen Straußbrüder war, zeigte am besten die Kundgebung, die das Reichsbanner gemeinsam mit der Sozialdemokratischen und der Demokratischen Partei, sowie mit dem ADGB, dem Afa-Bund, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Arbeiter-Sportrat am gestrigen Montagabend veranstaltete.

Als erster Redner nahm sodann der Vorsitzende des Reichsbanners, Redakteur Ernst Roth, das Wort. Er richtete einen dringenden Appell an die Regierung und Staatsbehörden, die Staatsgewalt endlich stärker gegen diese offenbaren Staatsfeinde anzuwenden. Mit gleicher Deutlichkeit sprach dann für die Demokraten Dr. Helfferich, Namens der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften, der Angestellten- und Beamtenverbände sprach sodann Jakob Trumppheller. Er wandte sich in seinem Protest gegen das Treiben der nationalsozialistischen Reichsbanner, die des Volkes Not benutzen, um in verlogenster Weise gegen Arbeiterschaft und Republik zu hetzen.

Zu einem machtvollen Bild der Gefährlichkeit der renegatfahnen Bevölkerung Mannheims wurde die Demonstration, die sich an die Kundgebung angeschlossen.

Im Anschluß an die Demonstration und erst nachdem der Zug aufgelöst war, kam es verschiedentlich zu Reibereien in der Stadt, denen aber das Überfallkommando der Polizei stets ein schnelles Ende bereite. Auch Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Polizei mußte sich dabei mehrmals, besonders in den Straßen des Zeitungsviertels, mit dem Gummihüpfel gegenüber tadelsüchtigen Elementen durchsetzen. In der Nähe der Geschäftsstelle der Nazis kam es immer wieder zu Zusammenstößen, die auch zu einem großen Teil durch Reue verursacht worden sind. Die Polizei hatte alle Hände voll zu tun, bis sich dann gegen Mitternacht die Wärfregung allmählich legte. Unter anderem mußte auch einmal ein Nachtmeister, der am Marktplatz gegen elf Uhr in eine Schlagerei mit Kommunisten verwickelt wurde, von der Waffe Gebrauch machen. Er feuerte einen Schrotgeschuß ab.

Die Polizei hatte einen schweren Stand. Und wenn es da und dort vorkam, daß bei den Zusammenstößen gegen Mitternacht — nachdem die Demonstration längst beendet war — gelegentlich völlig Unbeteiligte mit dem Gummihüpfel Bekanntschaft machten, so darf doch im allgemeinen anerkannt werden, daß sich die Beamtenschaft redlich bemüht hat, der ersten Situation gerecht zu werden. Diese Anerkennung bedeutet noch immer nicht, daß man mit allen Maßnahmen, die von der Leitung der Polizei ausgesprochen, einverstanden sein muß. Gerade in der Letztum scheint manchem höheren Beamten oft das Verständnis für solche Situationen wie am Samstag zu fehlen.

Wird der Verlauf der Vorgänge in Mannheim, welche von den Reichsbannerleitenden Mitternacht zum Anlaß angenommen wird, die Nationalsozialisten als Unschuldigen darzustellen!

Die Mannheimer Polizei veröffentlicht folgende Darstellung: Gestern Abend um 8 Uhr fanden Protestkundgebungen wegen der Verhältnisse am vergangenen Samstagabend von Seiten des Reichsbanners auf dem Zeughausplatz, von Seiten der Kommunisten auf dem U-Schulplatz statt. Im Anschluß an die Kundgebungen besetzten sich zwei Demonstrationssäue durch verschiedene Stadtteile. Hierbei mußte der Zug der Kommunisten durch stärkeren polizeilichen Einsatz bei II 2 nach Norden abgedrängt werden, da die Straße zwischen II und J entgegen der Anordnung der Polizeidirektion von den Kommunisten nach Süden überschritten worden war. Beim Marsch des Reichsbannerzuges kam es am Zeughausplatz bei der August-Anlage zu einem bedauerlichen Zusammenstoß, bei dem ein Nationalsozialist durch einen Schlag vom Rücken nach der Hüfte und ein weiterer Nationalsozialist durch einen Schlag mit der Faust auf das rechte Auge verletzt wurden. Nach den vorläufigen Ermittlungen besteht bei beiden Verletzten in beiden Fällen der Täter in den Reihen des Reichsbanners zu suchen ist. Im Laufe des Abends war die Polizei mehrmals angewiesen, gegen Störer der öffentlichen Ordnung in den R- und S-Quadranten teilweise unter Anwendung des Gummihüpfels einzuschreiten und die Straße zu säubern. Hierbei wurden 11 Personen festgenommen.

Die weitere Untersuchung wird den Fall klären. Fest steht, daß die Nationalsozialisten durch Flugblätter usw. kein Mittel unversucht lassen, die Lebenshaftigkeit zu schüren. Umso mehr ist es Aufgabe der Regierung, die Autorität des Staates gegen politisches Kommissariat mit unheimlicher Energie durchzusetzen.

Wie uns aus Berlin gebracht wird, hat zur Bekämpfung des Kommissariats der Reichsjustizminister Dr. Brüder an alle deutschen Landesjustizverwaltungen eine Verfügung erlassen und angeregt, die Landesjustizverwaltungen mühten nun ihrerseits Gerichte und Staatsanwälte zu einem schärferen Vorgehen gegen das Kommissariat zu veranlassen und zwar am besten durch eine Verfügung, die der kürzlich erlassenen Verfügung des preussischen Justizministeriums entspricht.

Wir dürfen wohl annehmen, daß dieser Erlaß des Reichsjustizministeriums auch in Baden schleunigst zur Verwirklichung kommt. Es ist allerhöchste Zeit für die Staatsautorität, daß gegen die rechts- und linksradikalen Elemente mit aller Energie durchgegriffen wird. Die Art, wie seitens der Hakenkreuzer gegenwärtig Regierung und Staat verhöhnt werden, muß auf die Dauer den Glauben an den Staat zum Scheitern bringen. Es ist allerhöchste Zeit, daß mit aller Energie und rücksichtsloser Strenge gegen die verwerflichen Elemente eingegriffen wird, nachdem man leider allzulange die Dinge hat treiben lassen.

In der Generalversammlung der Badenia Karlsruhe A.-G. für Verlag und Druckerei (Verlag des Bad. Beobachters) wurden die Statuten einstimmig genehmigt. Nach 3925 RM. Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 38 510 RM., wovon nach der Gewinnabgrenzung von 4271 RM. kommt. Es wird daraus eine Dividende von 10 Prozent auf das Aktienkapital von 200 000 RM. verteilt. Ferner werden dem Reservefonds 10 000 RM., dem Penzionsfonds 6000 RM. zugewiesen, sonstige Zuwendungen werden in Höhe von 6000 RM. gemacht. Es bleiben dann noch 782 RM. zum Abschluß. Das laufende Geschäftsjahr hatte sich bis jetzt günstig entwickelt. Gegenüber den Vergleichsmonaten 1929 konnten die Umsätze eine Steigerung erfahren. Anstelle von Minister Wittemann, der aus dem Amt zurücktrat, wurde Vantier Krebs, Kreisrat zum 2. Vorsitzenden des Aufsichtsrates bestellt und Reichsfinanzminister Dr. Föhr neu in den Aufsichtsrat gewählt.

# Kampftag der Konsumvereine

## 27. Genossenschaftstag

Lübeck, 17. Juni. (Sig. Ber.) Die Bedeutung des Lübecker Genossenschaftstages charakterisierte wohl der alte Kampf Heinrich Lorenz vom Zentralverband deutscher Konsumvereine am besten, als er in seiner von Erregung und Entrüstung getragenen Eröffnungsansprache den Konsumvereine und zum Ausbau der Bewegung der organisierten Verbraucher und des organisierten Verbrauches aufrief.

Die Konsumvereine haben etwa 1300 Delegierte nach Lübeck entsandt. Nebenher und verwandte Organisationen sind zahlreich vertreten. Die Größe der Versammlung übertrafen die Gänge vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und Urban vom Zentralverband der Gewerkschaften. Die Volksfürsorge hat Otto Weis, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, delegiert. Der 27. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wurde im festlich geschmückten Saal der Lübecker Stadthalle mit einer ausgezeichneten Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden

Heinrich Lorenz

eröffnet, der u. a. ausführte: „Unter der schlechten Wirtschaftsfrage Deutschlands leidet die wertvolle Bevölkerung, aus der sich die Mitglieder unserer Konsumvereine zusammensetzen, am meisten. Geht die Wirtschaft in den Abgrund, so geht die Existenz der Bevölkerung in den Abgrund. Die Wirtschaftslage in Deutschland ist jedoch, soweit sie bekannt ist, auf Abwärts der Höhe und Gehälter und Beschränkung der sozialen Ausgaben, insbesondere der Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung. Es ist überflüssig zu sagen, daß, wenn diese Vorklage verwirklicht werden sollten, die Lage für die minderbemittelten Volksteile sich noch mehr verschlechtern müßte.“

Ausreichende Löhne betrafen den Inlandsmarkt und beleben Handel und Wandel. Jahrzehntelange haben die Konsumvereine im allgemeinen unbehelligt, ihre leistungsfähige Tätigkeit entfalten können. Leider muß jetzt festgestellt werden, daß sie gerade in der Zeit schlimmster Wirtschaftslage und schlimmster Wirtschaftskrise in ihrer aufbauenden Tätigkeit gehemmt werden. Zu dem Druck auf die Wirtschaftsfrage stellen sich außerdem bedenkliche Auswirkungen einer

falschen Wirtschaftspolitik.

So sind im Interesse der Landwirtschaft die Einfuhrzölle auf wichtige Lebensmittel meistens erhöht worden. Wir werden demnächst mit feurerem Brot, feurerem Fleisch und feurerem Schmalz zu rechnen haben. Das billige Getreide wird verschwinden. Durch diese Preispolitik wird die Lebenshaltung der breiten Massen des deutschen Volkes noch weiter herabgedrückt. Das sich die Landwirtschaft in einer Notlage befindet, erkennen wir durchaus an. Ob aber

sozialer Wirtschaftspolitik

und die somit zusammenhängende Preissteigerung allein die geeigneten Mittel sind, der Landwirtschaft zu helfen, erscheint uns doch sehr zweifelhaft. Wir waren und sind immer bereit, mit der Landwirtschaft in direkten Güterausgleich einzutreten. Das hier noch keine großen Erträge erzielt worden sind, ist nicht unsere Schuld. Auch auf dem Gebiete der Steuererhebung ist die breite Masse des deutschen Volkes auf das empfindlichste getroffen worden. Eine Angelegenheit, die nicht bedacht werden kann, hat sich die Bürgerbewegung mit der

Einführung der sogenannten Warenhaussteuer

auseinander. Es handelt sich um eine ausgeprägte Sondersteuer, die sich nach keiner Richtung hin rechtfertigen läßt. Der verantwortliche Teil für diese Steuer, die Wirtschaftspartei, hat sie nicht

sozialer Wirtschaftspolitik

# Aus aller Welt

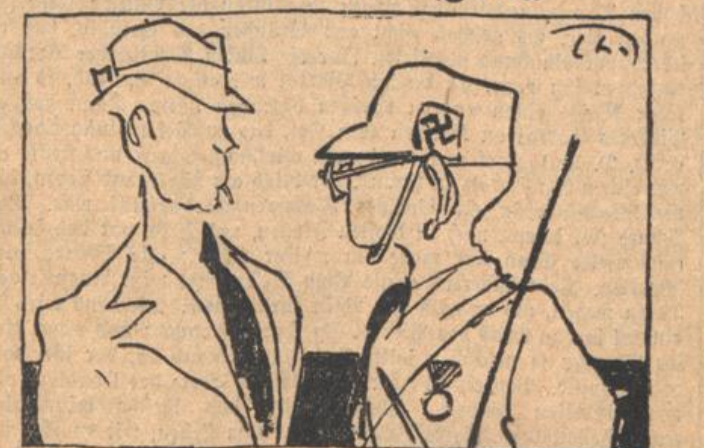
## Frau Neumann außer Verfolgung

Breslau, 17. Juni. In der Sitzungsperiode gegen Frau Magdalena Neumann wegen Mordes ist der Antrag des Verteidigers, über den Geisteszustand der Angeklagten ein besonderes Gutachten einzuholen, abgelehnt worden. Ferner ist laut Beschluß der sächsischen Strafkammer vom gestrigen Tage die Angeklagte gemäß dem Antrag des Staatsanwaltes außer Verfolgung gesetzt worden.

## Der Mindener Spionagefall

Berlin, 17. Juni. Von zuständiger Stelle wird die Verhaftung des Oberpostmeisters Adam und seiner Frau in Minden bestätigt. Nähere Angaben können nicht gemacht werden, weil sie nach § 11 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse einen Eingriff in ein Verfahren darstellen würden.

## Studenten in Jena



„Eine Schmach! Der Hädel hat hier lehren dürfen, daß wir vom Affen abstammen. Aber jetzt, wo der Hädel beweist, daß wir prima-primä nordische Edelrasse sind, will ihn die Fakultät nicht haben!“

## Beziehung des Geandten Dr. Baligand

München, 17. Juni. Die sterbliche Hülle des in Lissabon ermordeten deutschen Geandten, Dr. Albert v. Baligand, wurde heute mittags auf dem Friedhof in der Familiengruft beigesetzt. Die Trauerfeier für den verstorbenen Geandten gestaffelte sich zu einer eindrucksvollen Totenkehrung.

## Übermals ein Todesopfer in Lübeck

Lübeck, 17. Juni. Nach einer Mitteilung des Gesundheitsamtes hat sich bei den mit dem Calmette-Präparat gefütterten Säuglingen heute Nacht übermals ein Todesfall ereignet. Die Zahl der

aus Sorge um die Reichsfinanzen, sondern aus Haß gegen die Konsumvereine gefördert. Den Führern der Wirtschaftspartei geht es um

die Entfesselung der Konsumvereine des wertvollen Volkes durch Umwälzung. Dabei werden wir uns bei den kommenden Wahlen

die politischen Parteien und ihre Vertreter daraufhin ansetzen müssen, wie sie zur wirtschaftlichen Organisationsfreiheit der minderbemittelten Volksteile stehen. Wir müssen sie fragen: Willst Du nicht vielmehr dafür sorgen, daß Sparjamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnung im Haushalt des wertvollen Volkes gefördert werden? Bist Du einverstanden, daß Arme sich selbst zu helfen suchen, wo andere, insbesondere der Staat und Gemeinde nicht helfen können? Das müssen wir fragen und nach dem Ausfall der Antwort werden wir bei den Wahlen handeln. Wenn 3 Millionen Männer und Frauen des wertvollen Volkes so denken, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Wir sind durchwegs der Meinung des Reichstagsabgeordneten Schlaad, der auf einer Anfang Mai 1930 in Essen an der Ruhr stattgefundenen Protestkundgebung der christlichen Genossenschaftler seine außerordentlich scharfe Rede mit den Worten schloß: „Wir sind nicht bereit, die Feindschaft zu küssen, die uns schlägt. Wir werden uns eine solche unangenehme Behandlung nicht mehr gefallen lassen.“ Heinrich Lorenz schloß sein mit vielem Beifall aufgenommenes Referat mit der Aufforderung:

„Auf zum Kampfe gegen das Unrecht und auf zur Mitarbeit am Ausbau unserer Konsumvereine.“

Vorstand, Ausschuss und Generatrat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben dem Konarab drei Resolutionen vorgelegt.

In der ersten wird gegen die Absicht der Reichsregierung protestiert, die Konsumgenossenschaften im Rahmen der Steuervereinfachungsarbeiten zur Gewerbesteuer heranzuziehen und eine Filialsteuer zu erheben. Der Genossenschaftstag erwartet mit Bestimmtheit, daß der Reichstag die Absichten der Regierung nicht unterstützt. Mit Entrüstung nimmt die Genossenschaftstagung davon Kenntnis, daß das Land Thüringen eine besondere Lohnsummensteuer von 6 Prozent für Einzelhandelsbetriebe von mehr als 300 000 Mark Umsatz beschließen hat, insofern mehr als eine Warengruppe befreit wird. Diese Sondersteuer befaßt in erster Linie die Konsumvereine.

Die zweite Resolution verweist darauf, daß die beabsichtigte Heranziehung der Konsumgenossenschaften zur Körperschaftsteuer in der in § 4 Absatz 2 des Körperschaftsteuergesetzes festgelegten richtigen Auffassung der Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb sich auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränkt, widerspreche. Diese Genossenschaften seien keine Erwerbsgesellschaften, deshalb müßten die bilanzmäßigen Erparnisse aus dem Warenverkehr Körperschaftsteuerfrei bleiben.

Die dritte Resolution richtet sich gegen die Höchstzulage, die Steuerbelastung und die Ausnahmemaßnahmen der Steuerherabsetzung und die Ausnahmemaßnahmen der Erhöhung der Umsatzsteuer und über den bewussten Ungeheuerheit diffiziles Anhängel, die Sondersteuer gegen die großen Einzelhandelsbetriebe, insbesondere gegen die Konsumvereine, am aufreißendsten. Durch sie werde das Streben der minderbemittelten Familien nach sorgfältiger Haushaltsführung unter Strafe gestellt. Der Genossenschaftstag fordere die schleunige Beseitigung des schändlichen Unrechts. Die Genossenschaften seien keine Erwerbsgesellschaften, deshalb müßten die bilanzmäßigen Erparnisse aus dem Warenverkehr Körperschaftsteuerfrei bleiben. Die dritte Resolution richtet sich gegen die Höchstzulage, die Steuerbelastung und die Ausnahmemaßnahmen der Steuerherabsetzung und die Ausnahmemaßnahmen der Erhöhung der Umsatzsteuer und über den bewussten Ungeheuerheit diffiziles Anhängel, die Sondersteuer gegen die großen Einzelhandelsbetriebe, insbesondere gegen die Konsumvereine, am aufreißendsten. Durch sie werde das Streben der minderbemittelten Familien nach sorgfältiger Haushaltsführung unter Strafe gestellt. Der Genossenschaftstag fordere die schleunige Beseitigung des schändlichen Unrechts. Die Genossenschaften seien keine Erwerbsgesellschaften, deshalb müßten die bilanzmäßigen Erparnisse aus dem Warenverkehr Körperschaftsteuerfrei bleiben.

dem Präparat zum Opfer gefallenen Säuglinge ist damit auf 40 gestiegen. 86 Kinder sind noch krank; 48 werden als geheilt bezeichnet, 72 sind gesund, bzw. befinden sich noch in ärztlicher Beobachtung.

Jugentgleisung bei Brüssel  
Paris vor dem Bahnhof Brüssel stieß ein aus Paris kommender Schnellzug mit einem Rangierzuge zusammen. Ein Stellenwagen und ein Personenwagen des Schnellzuges stürzten um. 10 Personen wurden verletzt.

Schweizer Zepplinfahrt  
Der „Graf Zeppelin“ unternahm am Dienstag mit 39 Passagieren eine Schweizerfahrt.

Dawes als Banditenbändiger?  
Die führenden Kaufleute von Chicago haben sich an General Dawes, den ehemaligen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, mit dem Ersuchen gewandt, die freigewordene Stelle des Polizeidirektors von Chicago zu übernehmen. Man hofft, daß General Dawes genügend Energie aufbringen wird, die Stadt von der Banditenherrschaft zu befreien.

Sechs Kinder beim Baden ertrunken  
Ein schreckliches Unglück ereignete sich in Epsach bei Augsburg. Beim Baden im See geriet ein Kind in eine Untiefe und versank vor den Augen seiner Spielkameraden. Diele versuchten, das Kind wieder an sich zu ziehen, wurden dabei aber selbst in einen Strudel gezogen. Von den Kindern konnten drei gerettet werden, während sechs ihr Grab in den Fluten fanden.

Pariser Wohnungsnot  
Aus Paris wird uns geschrieben: Justizminister Peret hat sich genötigt gesehen, in einer Konferenz mit Sachverständigen seines Ministeriums und dem Pariser Polizeipräsidenten nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die fortschreitende Umwandlung von Wohnungen in Geschäfts- und Büroräume in Paris zu verhindern. In den letzten drei Jahren sind nicht weniger als 30 000 Wohnungen abgerissen und in moderne, Bürohäuser umgewandelt worden. In den meisten Fällen ist den enteigneten Mietern lediglich eine Geldentschädigung gezahlt, nicht aber eine Ersatzwohnung zur Verfügung gestellt worden. Dazu hat die Stadt selbst aus sozialen Gründen etwa 10 000 Wohnungen abgerissen, die als ungesund oder dem Einsturz nahe geräumt werden mußten. Die Zahl der billigen Mietwohnungen hat sich in ischreckendem Maße vermindert, daß zurzeit 11 Prozent der Pariser Bevölkerung, d. h. also 280 000 Personen in engen möblierten Zimmern oder in Hotels Unterkunft suchen müssen.

Gelbe Raucherzähne. „Ich benutze seit Jahren die Chlorodont-Zahnpaste und bin mit der Verwendung derselben sehr zufrieden. Trotzdem ist ein Raucherbin, sind meine Zähne stets blendend weiß. Auch fehlt mir kein einziger Zahn, so daß ich behaupte, nur „Chlorodont“ erhält meine Zähne gesund.“ S. Grunenberg, München. — Chlorodont: Zahnpaste 60 Pf. und 1 RM., Zahnbürsten, Mundwasser 1 RM. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.



# Aus Mittelbaden

## Kraichgau

### Bretten

**Wichtige Versammlung des Sozialdem. Vereins**  
Am Samstag, 21. Juni, abends 8 Uhr, trat in der Mittagspause des Sozialdem. Vereins im Wirtshaus der Abgeordnete unterer Kreise, Gen. R. v. Reichmann, über das Thema „Reichstagsvorläufe und die Arbeiten des Reichstages“. — Trotz der Hitze war ein guter Besuch. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden, Gen. Reichmann, eröffnet. Er sprach über die Wichtigkeit der Reichstagsarbeiten und die Notwendigkeit, die Reichstagsarbeiten zu unterstützen. Er sprach auch über die Reichstagsarbeiten und die Notwendigkeit, die Reichstagsarbeiten zu unterstützen. Er sprach auch über die Reichstagsarbeiten und die Notwendigkeit, die Reichstagsarbeiten zu unterstützen.

**Safentanz-Kosten in Sulzfeld**  
Sulzfeld, 16. Juni. Letzten Sonntag wurde auch unter Ort den Nationalen beigegeben; sie hielten im Döhlen eine Versammlung ab. Erster Redner war ein gewisser Kramer aus Sulzfeld, der behauptete, man müsse die Reichstagsarbeiten unterstützen. Er sprach über die Wichtigkeit der Reichstagsarbeiten und die Notwendigkeit, die Reichstagsarbeiten zu unterstützen. Er sprach auch über die Reichstagsarbeiten und die Notwendigkeit, die Reichstagsarbeiten zu unterstützen. Er sprach auch über die Reichstagsarbeiten und die Notwendigkeit, die Reichstagsarbeiten zu unterstützen.

**Langenheidenbach Gemeinderatsitzung vom 16. Juni**  
Die Erweiterung der Bahnhofstraße beim Unter wird zurückgewiesen. — 2. Eine Beschreibung der Barbarakapelle soll in Form eines Beschlusses herausgegeben und der Betrieb der Buchbinderei übertragen werden. — 3. Das Sehen der Randsteine an der Straße wird einem Pfälzermeister von Bergbühlern übertragen. — 4. Die zu Wohnungen dienenden Eisenbahnen sollen öffentlich versteigert werden. — 5. Die Verfertigung von Ziegeln soll zur Unteraufbewahrung befristet werden, wobei die Gemeinde ein Drittel bezahlt. — 6. Der Beschlusstag 1930/31 wird nach längerer Debatte genehmigt.

Von einer Erhöhung der Umlage wurde Abstand genommen. Nach dem neuen Voranschlag würde der Umlagefuß 1,30 M betragen, der ungedeckte Aufwand von 21000 Moll aus Grundstodsmitteln gedeckt werden. Zum Ausgleich soll im laufenden Jahre ein außerordentlicher Holzschlag gemacht werden, um den Erlös wieder dem Grundstod zuzuführen. Die Gemeinde hatte einen zum Sprung untauglichen Garten zu verkaufen, der li. Gemeinderatsbeschluss im Submissionswege verkauft und ausgeschrieben werden sollte. Aber der Gemeinderat denkt und der Herr Bürgermeister lenkt. Herr Bürgermeister verkaufte letzte Woche den Garten aus freier Hand des Hund Lebendgewicht zu 45 M, an einen hiesigen Metzger, der die Hälfte wiederum nach Eisingen verkaufte. Dieses selbständige Handeln erscheint uns unerlässlich, zumal die anderen Metzger nicht verständigt wurden obwohl sie doch auch Steuern und Umlage zahlen müssen. Wenn der Gemeinderat beschließt, darf doch der Herr Bürgermeister nicht auf eigenen Kopf hinaus handeln, sonst bräuhete man letzten Endes überhaupt keinen Beschluß über Veränderung von Gemeindegeld herbeiführen und überträgt so alles was so geht und steht dem Herrn Bürgermeister, der dann nach seinem Gutdünken handeln könnte.

## Murgtal

**Kastatt**  
Soz. Arbeiterabend. Donnerstag, den 19. Juni Wanderung. Sonntag, den 22. Juni fest. Montag, den 23. Juni Reigenabend.

## Acher- und Bühlerthal

**Bühl**  
Sozialdemokratische Partei. Samstag, 21. Juni, abends 8 Uhr, findet in der „Sura Windel“ (Gemmerle) die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung, darunter der Bericht vom Parteitag, ist sehr wichtig und wird vollständiges Gelingen der Parteigenossen erwartet. Freunde und Volkstretende sind ebenfalls willkommen Gäste.

**Umwetter**  
Sundsbach (U. Bühl). Ueber unsere Gemartung ging ein Wolfenbüchler nieder, der im Nu die Straken in Wähe und die Sundsbach in einen reißenden Strom verwandelte. Kennenwerter Schaden ist glücklicherweise nicht entstanden. Nur die Widervorgänge hat vorgefallen. — Der in Forbach verunglückte Sohn des hiesigen Submanns Schurr ist gestorben.

## Kinzigtal

**Offenburg**  
Erneute Zunahme der ausgesetzten Arbeitslosen. Die Zahl der von der städtischen Fürsorge unterstützten ausgesetzten hat sich in den letzten drei Wochen wiederum um 10 vermehrt. Sie beträgt jetzt 187 (gegen 172 am 26. Mai). Das Vermehrung nach der letzten Veröffentlichung des hiesigen Arbeitsamts 308 Arbeitslose, die die geordnete Arbeitslosen- bzw. Krisenunterstützung erhalten. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Stadt Offenburg beträgt demnach 505. Davon sind 178 gleich 37 Prozent von der städtischen Fürsorge zu unterhalten.

**Duderspoits Erben**  
Die Volksbühne Offenburg ließ durch das Frankfurter Künstlertheater die dreiteilige Komödie „Duderspoits Erben“ von Groeschel am Sonntag zur Aufführung bringen. Der Besuch hatte infolge der fortgeschrittenen Theaterzeit nachgelassen. Der Aufenthalt in einem beheizten Saal ist bei der gegenwärtigen Witterung kein besonders angenehmer, auch für die Schauspieler nicht. „Duderspoits Erben“ bildete den Abschluß des Spieljahres 1929/30. Mit starkem Beifall ging die Komödie über die Bretter. Mit gutem psychologischen Verständnis zeichnet hier der Autor ein Bild menschlicher Heuchelei, die entsteht, wenn Millionen auf dem Seile stehen. Nur durch den Köter Strupp konnten liebe Verwandte zum großen Erbe kommen. In der Darstellung wirkten hellens bekannte Kräfte des Künstlertheaters mit, die in ihrem Schlußstück wieder auf voller Höhe standen. Die Spielzeit ist vorüber und man kann sagen: es hat sich die Volksbühne mit sehr gutem Erfolge eingestellt und durchgesetzt. Die erfolgreiche Spielzeit bewies, daß die Pfälzern in der ersten Sitzung, in der die Volksbühne in Offenburg aufgeführt wurde, nicht recht behielten hatten. Es ist überhaupt noch nicht in Offenburg dagewesen, daß zwei Bühnen nebeneinander existieren konnten. Offenbar ist in den letzten Jahren als schlechte Theaterstadt bekannt gewesen, d. h. die Bevölkerung hatte kein richtiges Interesse am Theater. Das nun zwei Bühnen leben konnten, lag daran, weil beide Theatergemeinden sich auf zwei verschiedene Besetzungskreise stützten. Die Südwestdeutsche Bühne umfaßte die sogenannten gebildeten und sogenannten besser situierten Kreise; die Volksbühne verstand es, in die Masse einzudringen und eine Bevölkerungsschicht für das Theater zu interessieren, die ihm bisher ferngeblieben hatte. Kernsächlich aus Mangel an Geldmitteln. Dieser Grund fiel mit dem Entfallen der Volksbühne weg, den Einheitspreis konnte sich jeder leisten. Das Wirken der Volksbühne hatte zweifellos einen hohen kulturellen Wert, weil sie echte Kunst vermittelte und dementsprechend starken bildenden Einfluß ausübte. Es ist als sicher anzunehmen, die Volksbühne wird in der kommenden Saison im Herbst wieder gute Erfolge haben. Hoffentlich wird die Volksbühne in den nächsten Jahren in Offenburg eine dauernde Einrichtung, dann wird sie auch an unserem Orte ihre kulturelle Mission erfüllen.

**Erfolge der Brüningschen Sozialpolitik**  
Der Laib Brot von 1500 Gramm hat ab Montag von 70 Pfennig auf 76 Pfennig aufgeschlagen; dementsprechend sind auch die Mehlpreise im Laibe im Preise gestiegen. Auch das Kalbfleisch hat um 20 Pfennig pro Pfund aufgeschlagen, von 1.60 M auf 1.80 M. Die Wurstwaren zeigen ebenfalls steigende Preise. Preissteigerungen anderer lebenswichtiger Artikel finden ebenfalls in Aussicht. Dies sind alles Auswirkungen der famosen Sozialpolitik der Brüning-Regierung. Und diese Preissteigerungen kamen und werden kommen in der Zeit, in der versucht wird, die Löhne abzubauen und die Leistungen sozialer Versicherungen zu verschlechtern. Diese Erhöhung ist gekommen, trotzdem man noch in Offenburg 500 Arbeitslose zählt. Man sieht, daß Handel und Gewerbe nicht gewillt sind, neue Belastungen zu tragen, weil darunter der eigene Geldbeutel leidet; deshalb wälzt man alles auf diejenigen ab, die es nicht mehr abwägen können, und das sind die Verbraucher!

**Von der Kreispflegeanstalt Fuhbach**  
Nach dem Bericht des Kreisrats an die Kreisversammlung betrug der Stand der Pflegelinge in der Kreispflegeanstalt Fuhbach am 1. April 1929 zusammen 323 Pflegelinge, auf 1. April 1930 325. Hiervon sind 90 Ortsarme, 183 ortsarmer Rentnemphänger, 23 Landesarme, 15 Selbstzahler und vier Kreisfremde. Bei 325 Pflegelingen ist eine Sterblichkeit von 42 Personen zu verzeichnen; angedeutete Erkrankungen kamen nicht vor.

**Was geht bei der Firma Pfähler, Glasmanufaktur und Glasblecherei vor?**  
Man schreibt uns: In der Stadt laufen Gerüchte aller Art um, daß sich die Firma in Zahlungsunvermögen befindet. Unter anderem soll die Firma lange Zeit die Beiträge zur Ortskrankenkasse von ihren Löhnen abgezogen haben, ohne dieselben an die Ortskrankenkasse abzuliefern. Die Ortskrankenkasse soll ein Guthaben von einigen Tausend Mark an die Firma Pfähler haben? Wie verhalten, soll sich zwar die Ortskrankenkasse dadurch gebührt haben, daß sie die Firma eines ihrer luxuriösesten Klubs überläßt. Wenn diese Gerüchte den Tatsachen entsprechen, dürfte dieses Verhalten der Firma im Kreise der Versicherten wohl kaum gebilligt werden. Die Ortskrankenkasse hat anheimelnd denartigen Schuldnern gegenüber ein besonderes Wohlwollen. Die Erfahrungen hierzu lassen aber alles andere als eine solche unangebrachte Rücksichtnahme angedeutet erscheinen. Bei der Firma Pfähler, Karlsruher Blecherei, soll der Kaffe schon einmal ein ganz empfindlicher Schaden durch ihre Nachgiebigkeit entstanden sein. Wenn sich bemerkt, daß die Firma Pfähler sich tatsächlich mit ihren Beitragsleistungen in einem solchen Rückstand befindet, so wäre es an der Zeit, daß die Verwaltung und der Vorstand endlich Schluss machen mit denartigen Zuständen. Die Beiträge sind doch den Arbeitern von ihrem lauer verdienten Lohn in Abzug gebracht worden!

Auch mit den Invalidentbeiträgen soll es nicht ganz stimmen. Einem Arbeiter, der bei Pfähler entlassen wurde, wurde durch das Arbeitsamt Arbeit angewiesen. Da der Arbeiter aber beim Antritt der Beschäftigung keine Invalidentkarte nicht vorlegen konnte, wurde er wieder freigestellt. Seine Bemühungen, seine Papiere zu erhalten, blieben erfolglos. Die Firma erklärte dem Entlassenen, daß er die Invalidentkarte beim Kontrollamt in Empfang nehmen könne. Durch diesen Umstand ist der Arbeiter um seine Arbeitstelle gekommen, und das Arbeitsamt hat dem Genannten noch die Unterstützung für mehrere Wochen gesperrt. Das Benehmen dieser Firma und insbesondere des Herrn Pfähler selbst, erachtet wahrlich kein solches Entgegenkommen. Ist es doch Herr Pf., der in seinem Betrieb Zustände eingeführt hat, die die Arbeiter nicht als ideal bezeichnen kann. Wer es wagt, sich einer gemäßigten Organisation, frei aber kritisch, anzuschließen, der kommt auf dem nächsten Wege auf die Schleudermaschine. Herr Pfähler hat vor einigen Jahren mit der Stadt Offenburg Prozesse geführt, die ins Allgäu gingen. In keiner Weise mochte man sich den Gaspreisen, die für jeden Bürger eine Selbstverständ-

### Leichte Sommerkleidung für den Herrn

Waschjoppen	aus la Zwirn, grau und grün 6.25 5.25	4.35
Müstersakkos	schwarz, blau und grau, in verschied. Qualitäten	25.50
Sommeranzüge	waschb. 29.50	22.00
Hemdhosen	Flanell, 21.00 15.50	14.50

Gegen Hitze das schweißverdringende  
**Gotthard-Hemd**  
leicht, porös, hygienisch. Aerztlich empfohlen.  
Schon für 6.30 Mk. Prospekte gratis

## SCHNEIDER

Kaiserstr. - Werderplatz - Mühlburg

Drucksachen aller Art liefert schnell und billig  
Verlagsdruckerei „Volkshilf“ G. m. b. H.

### Große Auswahl form schöner

## MÖBEL

der neuesten Stil- und Holzarten  
in Qualität, am besten u. billigsten bei

### Heinrich Karrer

19 Philippstr. 19

Kein Laden für Schreiner u. Polsterwerkstätte

Ratenkaufabkommen  
Teilszahlung / Franko  
Wohnung allerorts

### Patenttröste

Wasserdicht  
Schwarz  
Patenttröste

### Polstermöbel

jämliche Reparaturen  
billig im Spezialgeschäft

### Frei Erdbeuten

Kasse 26  
Telephon 6329

### Büfett

W. 210 -  
W. 210 -  
Freundlich  
Kronenstr. 37-39

### Nähmaschine

gut erhalt., nur 45.4

### Nähmaschine

verleihen, nur 95.4  
abzugeben. Kungmann  
Bährstraße 46

### Wanzen-Tod

vollständig vertrieben  
bleibt bei uns Garantie  
Auges. Fern. Anhalt

### F. Hülfstern

Wohnung 5, Tel. 5701

## WIR GEHEN MIT DER ZEIT

und bringen stets das Neueste in Drucksachen für den gesamten Geschäftsbedarf, für alle Werbezwecke, für Organisationen, Vereine, Institute, sowie für Private

VERLAGSDRUCKEREI  
VOLKSFREUND G. M. B. H.  
Waldstraße 28, Fernruf 7020/21

### Der Blitz vom Mittwoch

Damen-Strümpfe	1.35
Garientkleid	2.65
Prinzedrock	2.-
Hemd hose	1.-

Das Zuschneiden unserer Wäschstoffe verlegen wir, da Donnerstag Feiertag ist, auf Freitag.

## BURCHARD

Kaiserstr. / Werderplatz / Durlach / Ruppurr

lichteit sind, fügen. Auch in der Erwerbung von Gelände der Stadt kam es zu Prozessen. Besondere für die Firma ist noch, daß sie bei ihren Arbeiterentlassungen sämtlichen in der Stadt Wohnenden zuerst gefündigt haben soll. Das soll wohl der besondere Dank an die Stadt sein, weil von ihr das Baugelände zu mäßigen Preisen abgegeben wurde. Den Vertretern der Arbeitnehmer rufen wir zu, endlich die Interessen der Versicherten zu wahren, ehe es zu spät ist. S.

### Hanauer Land

**Kehl**  
**Vom Dach gestürzt.** Im Nebenort Sundheim stürzte der mit Dachgedeckten beschäftigte Landwirt Karl Blum infolge eines Schlägers ab und zog sich eine schwere Kopfverletzung zu.  
**Schläger.** In der vorvergangenen Nacht gerieten jenseits der Rheinbrücke zwei hiesige Einwohner in Streit, in dessen Verlauf der eine von seinem Gegner mit einem Gummimäpkel betastet wurde, daß er schwer verletzt nach Hause verbracht werden mußte.  
**Vertagung der französischen Pöskontrolle auf das linke Rheinufer.** Die französische Pöskontrolle für die über die Rheinbrücke Einreisende war bisher auf deutscher Seite. Jetzt wird das Haus abgedreht, um jenseits der Brücke wieder aufgebaut zu werden. Die französische Pöskontrolle wird dann ebenfalls auf die andere Rheinseite verlegt.

### Kleine bad. Chronik

**Ein Bahnsünder kürzt sich aus dem Fenster**  
 Ettlingen, 17. Juni. Wahrscheinlich infolge plötzlicher geistiger Umwandlung kürzte sich heute früh 1/2 Uhr der verheiratete Bierführer Karl Klee in der Pforsheimerstraße aus dem offenen Fenster, nur mit einem Hemd bekleidet, vom zweiten Stockwerk auf die Straße. Neben Knochenbrüchen erlitt der Unglückliche, Vater von zwei Kindern, schwere innere Verletzungen.  
**Ein Kind als Brandstifter**  
 D. D. K. (Amt Bruchsal), 17. Juni. Heute Vormittag hand in der Villa des flüchtigen Zigarrenfabrikanten Herzlich hier der Dachstuhl in Flammen. Trotz des Eingreifens der Freiwilligen Feuerwehr ist das Innere des Wohnhauses ziemlich anscheinend und das ganze Mobiliar vernichtet. Wie festgestellt wurde, hat in Abwesenheit der ebenfalls verzeihen Mutter von drei Kindern der 5-jährige Knabe das Feuer auf dem Speicher gelegt.  
**Schweizingen.** Am Samstag haben weitere 42 Arbeiter des Reichsbahnausbesserungswerkes Schweizingen die Kündigung erhalten.  
**Donauwörth.** Der 17 Jahre alte Müllergehilfe Ernst Guld erkrankt beim Baden in der Brigg.  
**Menschenhand.** Der 24 Jahre alte Arbeiter Richard Waser wurde beim Holzfällen von einem stürzenden Stamm erschlagen.



Major Pabst, der aus Oesterreich ausgewiesene Postchef

**Kappel.** Hier wurde der 30 Jahre alte Fritz Kennes mit einem komplizierten Schädelbruch neben seinem Motorrad liegend aufgefunden. In der Universitätsklinik Freiburg ist er seinen schweren Verletzungen erlegen. Wie Kennes verunglückt ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Er hinterläßt in Kircharten eine Frau und zwei Kinder.  
**Waldbach.** Montag nachmittag ist der 19 Jahre alte Fritz Obermüller von St. Pfaffen im Rhein bei Herdern ertrunken.  
**Altholderberg (Amt Bullendorf).** Hier brannte die Scheune des Landwirts Endres nieder. Der Schaden beläuft sich auf etwa 8000 Mark. Die Brandursache ist unbekannt.  
**Waldbach.** Am Samstag nachmittag trieb bei Waldbach eine Frau im Rhein vorbei. Ein Grenzaufseher versuchte die Frau zu retten. Jedoch schlug die hartnäckige Selbstmörderin so bestig um sich, daß der Mann, der sie schon gefaßt hatte, sie wieder fahren lassen mußte, worauf die Frau ertrank. Die Leiche konnte geborgen aber noch nicht identifiziert werden.  
**Pforzheim.** Bei der Bahnüberführung an der Erbsenstraße wurde der Streckenarbeiter Max Zillig von Eßlingen von einer Lokomotive erfaßt und tödlich verletzt. Er starb im hiesigen Krankenhaus.  
**Diersheim.** Schwere Sturz. Der in Strassburg beschäftigte Zimmermann Albert August Grambo kürzte an seiner Arbeitsstelle etwa 8 Meter tief ab und blieb bewußtlos liegen. Mit schweren Verletzungen wurde er ins Spital verbracht. Sein Zustand ist bedenklich.  
**Tauberscheidtsheim.** Auf der Fahrt zur Arbeitsstätte in Altheim stürzte der 30jährige Heinrich Kauf aus Mergentheim infolge plötz-

lichem Unwohlseins vom Motorrad. Der Verunglückte wurde in einem schweren Schädelbruch ins hiesige Krankenhaus verbracht.

### Gemeindepolitik

**Eßlingen. (Sitzung vom 12. Juni.)**  
 Ein Umbaugesuch wird genehmigt, ein Anwesen geschändet. Ein behördliches Schreiben, bezugnehmend auf Ratbaugesuch und Gemeindegeld wird zur Kenntnis genommen, ebenfalls ein Schreiben des Gemeindevorstandes, den Abbruch eines Veräußerungsvertrages zwischen Reichsbahnbauamt und der Gemeinde Eßlingen wegen Weggelände der Bahnunterführung im Kronen wird infolgedessen ausgesetzt, daß beim etwaigen Veräußerungsgeschäft dem abzutretenden Gelände die Gemeinde das Verkaufsrecht haben soll. — Gegenüber Beschwerden solcher Besitzer wegen der infolge verkehrsbedingten Mängel ausgelegten Strafe heißt der Gemeinderat bei seinem diesbezüglichen Beschluß: — Einem arbeitslosen ausgeäuerten jungen Mann ist nötigenfalls die ärztlichen Kosten auf die Gemeindegasse übernehmbar. Ein Entschädigungsanspruch, hervorgerufen durch nachträgliche Eintriedung eines Gemeindegeländes wird bis näherer Feststellung des Tatbestandes zurückgestellt. — Für hiesigen Jugendbergs werden der übliche Betrag von 10000 Mark bewilligt. — Heizmaterial soll für Schulen und Gemeindegelände bestellt werden. — Mit Rücksicht auf die höher gelegenen Teile soll die Einwohnerzahl zu einer vernünftigen Höhe des Wasserverbrauchs während der heißen Sommerzeit vermindert werden. Bei nachgeleiteter Zumberechnung soll strenger Situations Platz greifen.  
**Wöflingen. (Sitzung vom 6. Juni.)**  
 Die Beschäftigung verbleibender notwendiger Vermittel für die Volksschule wird genehmigt. Ein Gesuch zum Antritt des öffentlichen Bürgerrechts wird genehmigt. Zwei Verfeinerungen über Wegführung von Schutt und Resten von Strohschotter wird genehmigt. Einige Gesuche um teilweisen Erlass der Gebäulichkeitssteuer werden genehmigt. Von einem Schreiben der Wöflinger Ortskrankenkasse und des örtlichen Bezirksvereins über die Kosten wegen Reueberlassung eines Arztes in Wöflingen Kenntnis genommen. Die am Pfarrhaus geplante Reparatur zurückgestellt werden, weil die erforderlichen Mittel im Haushaltsplan für das laufende Rechnungsjahr nicht vorgelegen sind. Durch den Anlauf eines Weges im Gewann „Mulle“ entstehen Kosten werden, soweit solche nicht durch die Rückübernahme des Gebiets werden, von der Gemeinde übernommen. Das im meindewald zur Verfügung stehende Wegland wird an den Bewerber um den Anschlag vergeben. Bis zur Neufestsetzung des Wasserpreises werden die bisherigen Sätze als vorläufig festgesetzt. Der Stundenlohn für Frauen bei Kulturarbeiten im meindewald wird auf 42 Pf. festgesetzt. Die Verbleibenden im Einstreuen des Farnenfalls wird genehmigt. Eine Grundbesitzprüfung findet ihre Erledigung.

**Wer gute Möbel preiswert kaufen will, der besuche unverbindlich im eigenen Interesse die**  
**Große Möbel-Ausstellung**  
 Wohnungskunst **D. REIS**  
 Ritterstraße 8, neben Tietz. 4458

**Darlehen**  
 auf 1/2 und 1 ganzes Jahr gegen Möbelsicherheit und Gehaltsabtretens. **Selbstgeher.** Bisherige Anzahlung laut amtlicher Urkunde 1500/000 Fr. Resten-Sicherstellung. **Sudbrück, W. Wilke des Hauses Lützenburger & Emrich, Karlsruhe, Amalienstraße 81 (am Kaiserplatz).**

**Damen- und Herren-Fahrrad**  
 sehr billig zu verkaufen  
 46 Jählingerstraße 46  
 Kunzmann. 4460

**Siefland**  
 Musikdrama v. d. Albert Dirigent: Stern  
 Regie: Dr. Landgrebe  
 Musik: Franz, Fischbach, Grünwald, Scherf, Seibrecht, Winter, Jren, Holbach, Steier, Böler, Krentsch, Mühl.  
 Anfang 20 Uhr Ende 22 1/2 Uhr  
 Freie C (1.00—7.00) 4  
**Donnerstag, 19. Juni**  
 19 29  
 (Donnerstagmiete)  
 Th.-Gem. 1201—1300 und 1301—1400

**Wida**  
 Von Verdi  
 Dirigent: Schwarz  
 Mitwirkende: Stanz, Reich-Büch, Magda Strad, Kalmbach, Rühr, Schepplin, Schuster, Ihen Strad  
 Anfang 19 Uhr Ende 22 Uhr  
 Freie D (1.00—8.00) 4  
 917  
 Fr. 20. 6. Jüden. Sa. 21. 6. Vom Zerst. geh. So. 22. 6. Der lustige Krieg. Wo 23. 6. Die andere Seite

**Cutaway**  
 sehr gut erhalten, preisw. abzugeben. 1654  
 Geranienstr. 2, part. I.

**1 Spiegel, Federbett, 2 wollene Decken**  
 billig zu verkaufen  
 Bismarckstraße 37,  
 Mittelbau 1. Etod. 4463

**Die neue große Abteilung für Bade-Artikel!**  
**HERMANN TIETZ KARLSRUHE**

**Todes-Anzeige**  
 Schmerzerfüllt teilen wir Verwandten und Bekannten mit, daß unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Josefine Schlegel Wwe.**  
 geb. Feurer  
 im Alter von 62 Jahren nach schwerem Leiden sanft verschieden ist.  
 Karlsruhe, den 17. Juni 1930.  
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie August Schwerdt**  
 Marg Sturm  
 Die Beerdigung findet am 20. Juni, nachmittags 2 Uhr, von der Friedhofstafel aus statt.  
 Trauerhaus Jählingerstraße 12. 4459

**TODES-ANZEIGE**  
 Meine innigstgeliebte Frau  
**MARIA KRIPS**  
 ist mir durch einen Unglücksfall jäh entrissen worden.  
 In tiefer Trauer:  
**JOSEF KRIPS**  
 Die Beisetzung findet in Wien statt.

**Geist Kraft u. Stoff**  
 Gedanken zur Weltweisheit von **Richard Volley, Karlsruhe**  
**RM 1.75**  
**Volksfreund-Buchhandlung**  
 Waldstraße 28 — Fernruf 7020/21

**Haus**  
 in der Nähe v. Karlsruhe, Bahndorfg., umfänglich, halber zu verk., evtl. zu verm. Anfragen unter **2615** a. d. Volksfr.

**Plakate** in künstlerischer Ausführung fertigt an  
 Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H.

**Zahlen beweisen!**  
 Die Versicherungs-Gesellschaft der werktätigen Bevölkerung, die **Volksfürsorge**  
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft gewährt ihren Versicherten auf die gewinnberechtigten Jahresprämie für 1929  
**30% Gewinnanteile in der Volksabteilung**  
**35% Gewinnanteile in der Lebensabteilung**  
 Bel der Volksfürsorge sind **2 Millionen Versicherungen** in Kraft; sie hat ein **Vermögen von rund 100 Millionen RMark.**  
 Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Karlsruhe, Schützenstr. 16. Offenburg, Wilhelmstr. 10. p. r., oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 8, An der Alster 57/61.

**Ich brauche nur Hummels Rasiermesser**  
**Karl Hummel, Werderstr.**

**Sozialdemokrat. Partei Leopoldshafen**

**August Oberater**  
 In voller Gesundheit hier am 18. Juni 1930 unter Vorhand

**Gas-Herd**  
 sowie Kohlen-Herd, noch neu, billig abzugeben. Jählingerstr. 46 (Kunzmann) 4461

**Schranke**  
 1. 2. u. 3. t. für die taufen Sie gut u. billig bei **Hilfmann** Jählingerstr. 29. 4184

**LIES MEHR BUCHER**  
 aus der **VOLKSFREUND BUCHHANDLUNG**



# Groß-Karlsruhe



## Bad. Presse sekundiert den Nationalsozialisten

Es ist zwar nicht zum erstenmal, daß die Badische Presse als Freundin der Nazi aufspielt und als Gegnerin des Reichsbanners. So auch jetzt wieder, wo Zusammenstöße, hervorgerufen durch politische Kundens, stattfinden. In der gestrigen Abendausgabe brachte die Bad. Presse folgende Notiz: Am Samstag kam es, wie nachträglich bekannt wird, in der Kapellenstraße zu einem durch die linksradikalen Gegner hervorgerufenen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und einer geschlossenen Abteilung uniformierter Reichsbannerleute, wobei die letzteren die Leidtragenden waren.

Der Wortlaut der Notiz ist so gehalten, daß man meinen könnte, daß die Reichsbannerleute an einem Zusammenstoß zwischen Hitlerern und Kommunisten ebenfalls beteiligt war. Dem ist natürlich nicht so, sondern die Reichsbannerleute hatten gar keine Fühlung mit den Kommunisten, sondern sie waren auf einem Nachausmarsch und wurden in unheimlicher Art von Hitlerern überfallen. Sie hatten letztere weder provoziert, noch viel weniger angegriffen. Das weiß die Badische Presse ganz genau, denn sowohl der Volksfreund hatte darüber berichtet und auch im Volksfreund ist ihr Bericht zu lesen. Aber die Bad. Presse will eben wieder Beweise ihrer Liebe zu den Hitlerern erbringen und zugleich ihre Gegnerschaft zum Reichsbanner. Derlei Verdächtigungen gegen das Reichsbanner, die aufs Schärfste zurückgewiesen werden müssen, sollte ein neutral sein wollendes Blatt unterlassen. Wenn die Bad. Presse so weiter macht, dann brauchen die Nazi keine eigene Zeitung mehr, denn die Bad. Presse besorgt ihre Geschäfte ebenso gut.

## Bezirksratsung

Der Bezirksrat als Verwaltungsgericht erledigte in seiner gestrigen Sitzung wieder einige Klagen der Bezirksbürgerverbände, von denen einige abgewiesen und zwei Klagen stattgegeben wurden.

Bei den Verwaltungsakten fanden folgende Konzeptionsanträge Genehmigung: dem Martin Klingler in Karlsruhe-Daxlanden zum Betrieb der Realgärtnerwirtschaft „zum Schiff“ im Hause Waldenstr. 1, der Rosa Riedl von Pforzheim zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausschank „zum grünen Baum“ im Hause Kaiserstraße 3; dem Gustav Bentzen in Grünwettersbach zum Betrieb der Realgärtnerwirtschaft „zum Ochen“ in Palmbach; dem Gustav Wilhelm Weiger, zum Betrieb der Realgärtnerwirtschaft „zur Kanne“ in Berghausen; dem Adolf Baum zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausschank „zum Rheintal“ in Egenstein, Kaiserstr. 37; dem Bademeister Emil Baisch in Blankenloos zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausschank im ehemaligen Posthaus „zum Waldhof“; dem Messer Herbert Hofmann, hier, Marktstr. 39, wurde die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erteilt; dem Josef Maier zum Betrieb der Gastwirtschaft „zum Schenkensolfern“ hier, im Hause Jägerstr. 50a; dem Franz Kaiser, zum Ausschank von Süddeiner mit Branntweinausschank aller Art in seinem Tageskaffee Dörfle, im Hause Karlriedrichstr. 1; der G.m.b.H., wurde die Erlaubnis erteilt am 21. und 28. d. M., anlässlich ihrer Lebensmittelausstellung in der Ausstellungshalle Gemeindefest zum Iohannisfest, in der Ausstellung zu verkaufen, der Frau Elisabeth Biermann hier, zur Verlegung der Wirtschaft „Kantine Rotinger“ auf die Wirtschaft mit Branntweinausschank „zur Schweiz“, Winterstr. 20. Zum Vollzug des Entschlusses wurden auf die Dauer von 6 Jahren neue Verordnungen genehmigt, der Aufhebung mehr veralteten ortspolizeilichen Vorschriften wurde zugestimmt; abgemeldet wurde das Geschäft des Jakob Auer um Erlaubnis zum Betrieb der Wirtschaft „zur Stadt Göttingen“ mit Branntweinausschank im Hause Schützenstraße 93.

Eine über dreißigjährige Verhandlung beantragte der Antrag der Schiffergilde in Karlsruhe auf Bebauung des Neureuter Ererbungsplatzes als Siedlungsgebiet der Schiffergilde. Nach eingehender Beratung fand der Bezirksrat folgende Entscheidung: „Die Schiffergilde G.m.b.H. in Karlsruhe wird ermächtigt, gemäß § 4 des Bad. Ortsstrafengesetzes an Stelle des Gemeinderats Leutnants zur Feststellung der Straßenspläne für das nach Maßgabe vorerlegten Planes zu bebauende Gebiet von etwa 20 Wohnplätzen auf den Grundstücken Nr. 3803 bis 3823 zu betreiben. Die nach § 4 Abs. 3 Ortsstr. zu leistende Sicherheit wird auf 200.000 M festgesetzt, die bis zum Termin über die Feststellung des Planes bei der Deutschen Bau- und Bodenkass., Zweigvereinigung Karlsruhe, auf den Namen der Gemeinde Leutnantsleutnant Sperrkonto zu hinterlegen sind. Von dem genannten Betrage sind als Kosten der Unterhaltung der Straßen auf die Dauer von 10 Jahren 7500 M. Die Antragstellerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.“

Bei der Begründung machte der Vorsitzende, Herr Landrat Bau, der ausdrücklich darauf aufmerksam, daß mit dieser Ermächtigung der Bezirksrat Verantwortung übernommen werde über das Siedlungsgebiet und seine finanziellen Auswirkungen.

## Warum Sarrafini nicht nach Karlsruhe kommt!

Von Herrn Direktor Stöckh Sarrafini wird uns aus Karlsruhe in der Öffentlichkeit viel erörterter Frage folgendes geschrieben:

Ich behauere außerordentlich, daß ich nicht in der Lage war, ein Gastspiel in Karlsruhe abzuhalten. Auf der Liste meiner Verpflichtungen in Baden stand selbstverständlich Karlsruhe an erster Stelle. Schon seit langer Zeit verhandelte ich mit der Stadtverwaltung; die Verhandlungen schritten immer an demselben Punkte fest. Die Stadtverwaltung verlangte mir eine Betätigungsschein von 13,04 Prozent meiner Bruttoeinkünfte. Dem gegenüber habe ich auf folgende Punkte immer wieder hinweisen müssen:

Die Existenz meines Unternehmens ist bei diesem Steuerfuß vollkommen ausgeschlossen. Wenn die Stadtverwaltung darauf besteht, daß andere Unternehmen gleicher Art diesen Steuerfuß akzeptiert hätten, so ist nicht zu verneinen, daß ich eben mein Unternehmen mit seinen Qualitätsdarbietungen und den dadurch verbundenen enormen Unkosten damit nicht vergleichen läßt. Ich habe nun bestimmt und mit bestem Gewissen erklärt, daß ich bei diesem Steuerfuß von 13,04 Prozent nicht bestehen kann.

Ich habe auf die Beispiele anderer Städte verwiesen, die in diesem Steuerfuß ein besseres Ergebnis meines Unternehmens mit den deutschen Städte und Ländern haben in Anerkennung des hohen Standes meines Unternehmens auf Grund der Vorschriften des § 22 des Vermögenssteuergesetzes von 1925 bei einem Steuerfuß von nur 6 Prozent von dem Bruttoeinkommen erwirbt, daß Mannheim bei meinem Beispiel Ende 1929 bei einem Steuerfuß von nur 6 Prozent von dem Bruttoeinkommen die Stadtverwaltung, daß durch mein Unternehmen das einheimische Gewerbe geschädigt würde, ist m. E.

## Die Kultur der Großstadt

Im Inhalt der Zeitschrift Der Städtetag schreibt der Bildhauer der sozialistisch geleiteten preussischen Polizeidirektion Altona, Dr. Hoffmann, der Verfasser eines weitläufigen Werkes über das neue Altona, einen bemerkenswerten Aufsatz, dem wir folgenden Abschnitt entnehmen.

Die Großstadt ist Lebensschule. Ihr gesteigerter Lebensrhythmus verlangt auch einen kräftigeren Lebenskampf und damit eine entsprechende Willensübung und straffe Zucht. Durch die gesamten öffentlichen Einrichtungen der Großstadt muß jenes Element gehen, das Hegel als die Verwirklichung der „Verwirklichung des absoluten Geistes“ im Erdendasein kennzeichnet. Was den religiös-metaphysischen Menschen angeht, so leben wir in einer Zeit weltanschaulicher Krisen und geistiger Uebergänge. Kirche und Staat sind getrennt. Der Großstadt ziemt sich hier Zurückhaltung und Abwarten, aber in ihr selbst wird ständig praktische Gegenwartsbewusstheit geübt. In der Schaffung von Krankenhäusern, Altersheimen, Fürsorgeeinrichtungen verschiedener Art verwirklicht sich immer wieder das alte Gebot: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Wenn die Großstädte zur Schaffung städtischer Schwermehrfachheiten schreiten, so gehört auch diese Einrichtung zum weltlichen Leben mit in das Gebiet der Gegenwartsbewusstheit. Gilt es doch, den modernen Schwermehrfachheiten zu schaffen! Es geht um die Pflanzung, die für unsere Zeit das erfüllt, was im Mittelalter durch die Nonne und die Heilige, in späterer protestantischer Zeit durch die Diakonisse geleistet wurde.

Wir müssen uns hier mit diesem Schema begnügen. Aber soviel dürfte aus dem Dargebotenen erhellen: daß in der Tat die großstädtischen Einrichtungen, so vielfach sie auch nur bestimmten praktischen Einzelheiten zu nützen scheinen, in ihrer Gesamtheit auf den ganzen Menschen ausgehen und seiner Kultivierung dienen. Zugleich zeigt sich noch ein weiteres wichtiges, soziales Phänomen; in dem Maße, wie die Großstadt die Lebensaufgaben als öffentliche Pflicht in immer größerem Umfang selbst in die Hand nimmt, wächst auch ihre

Leistung für alle. In den Großstädten des Altertums bestand neben einer Schicht geringer Auserwählter, Schaffender und Genußender die breite, durch und durch unbeschäftigte, großenteils verarmte und vernachlässigte Masse, der gegenüber die Mächtigen nur in seltenen Fällen Verantwortung zeigten, und in der begreiflicherweise keine Verantwortung gegen sich und das Leben bestehen konnte. Von jenen Großstadthöllen, z. B. des Roms Sullas und Cäsars, haben sich die Großstädte bis auf die heutige Zeit unendlich weit entfernt. Zumal in den letzten Jahrzehnten bringt die Erkenntnis der Verantwortung gegenüber der Großstadtbewohner in ihrer Gesamtheit mehr und mehr durch. Es handelt sich nicht mehr darum, beschränkte Unterthanen zu drücken, sondern in jedem Mitbürger Selbstverantwortlichkeit dem Ganzen gegenüber zu wecken. Die Kulturerzeugnisse zu genießen, soll nicht nur wie ehemals das Vorrecht eines erwählten kleinen Kreises sein, sondern die Gesamtheit soll daran teilhaben. Im Zeitalter des Rundfunkes und der Massenerhaltungen wandelt sich zugleich entscheidend die gesellschaftliche Struktur der Großstädte: das Individuum und seine ausschließlich individuelle Kultur verlieren an Wichtigkeit; an Bedeutung nimmt dafür zu der Mensch als Mitglied der gesamten Gesellschaft. Die Gesellschaft, das Volk als Ganzes, tritt weit lebensbewegender als ehemals auf den Plan. So werden die beiden Mächte, auf die wir anfangs hinwiesen, welche die Großstadtkultur erst lebendig machen, die Masse des vorhandenen Kulturgutes auf der einen Seite und die das Kulturgut erzeugende Menschheit auf der anderen, sich gleichmächtiger gegenüberstellen. Das Kulturgut in seiner Gesamtheit wirkt nicht mehr nur intensiv, sondern zugleich extensiv. Großstadtkultur ist somit ein anderes als die alte Kultur der Fürstentümer, und ihre Dynamik wird sich erst in kommenden Zeiten entfalten. Das Besondere an ihr wird aber sein: daß sie zugleich großartig in die Weite wirkt und doch darauf hinarbeitet, allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft in der Großstadt persönliche Kultivierung zu ermöglichen.

Ich habe mich ehrlich und redlich bemüht, die Stadt zu einer Änderung ihres Standpunktes zu veranlassen. Schon am 2. Februar 1930 habe ich schriftlich Ermäßigung der Vermögenssteuer auf ein erträgliches Maß beantragt. Ich habe mich auch bereit erklärt, wenn meinem Antrag Rechnung getragen würde, der Stadt einen wertvollen Gesanten für ihren Tierpark zu schenken. Ich habe meinen Antrag am 22. April 1930 mit ausführlicher Begründung wiederholt. Auch am 15. Mai 1930 habe ich nochmals ganz dringliche Bitten an die Stadtverwaltung gerichtet; man möge mir doch mein Auftreten in Karlsruhe nicht unmöglich machen. Ich fand Ablehnung. Daraufhin mußte ich mich notgedrungen entschließen, von dem Angebot der Stadt Durlach Gebrauch zu machen, die mir mein Gastspiel zu durchaus erträglichem und angemessenen Steuerfuß ermöglichen. Und nun ereignet sich etwas, was mir heute noch unerträglich ist: Die Stadtgemeinde Karlsruhe lehnt sich mit der Polizeidirektion in Verbindung, offenbar aus einer gewissen Berührung heraus und veranlaßt und erreicht auch, daß die Polizeidirektion Karlsruhe das Gastspiel meines Unternehmens für den ganzen Bezirk Karlsruhe, also auch für Durlach, anlässlich aus polizeilichen Gründen verboten hat. Die Stadtverwaltung Karlsruhe übt auch (gegen das Prinzip der Gewerbesteuer) einen Druck aus auf das Karlsruheer Reflektationsinstitut Doneder, damit dieses die schon vertraglich übernommene Reflektationsreise für meinen Zirkus unterlasse. Erst auf meine Beschwerde hin hat dann der Herr Landeskommissär für die Kreise Karlsruhe und Baden in richtiger Würdigung der Sach- und Rechtslage dieses Verbot wieder aufgehoben und mir ausdrücklich die Genehmigung für Durlach erteilt.

Selbst in diesem Augenblick noch, obwohl mir diese ungeheuren Schwierigkeiten gemacht worden sind, hatte ich die Hoffnung nicht aufgegeben, mein Gastspiel im Interesse der Karlsruheer Bevölkerung in der Stadt selbst abhalten zu können. Ich kaufte meine hiesigen Rechte am 15. Mai 1930 ab, um sie noch einmal mit der Stadt zu einer Einigung über die Höhe der Steuer zu kommen. Herr Rechtsanwalt Dr. Raphael Strauß, Karlsruhe, sprach am 2. Juni 1930 auf dem Rathaus vor. Er wurde trotz wiederholter Bitten von dem zuständigen Herrn Bürgermeister nicht einmal zur Verhandlung empfangen, sondern im Vorzimmer wurde ihm ausgesetzt, weitere Verhandlungen hätten keinen Zweck. So sind die Tatsachen, die jederzeit urkundlich belegt werden können.

## Die Antwort der Stadtverwaltung

Vom Rathaus wird uns in dieser Sache geschrieben:

Der Zirkus Sarrafini hat nochmals über den Grund seines Nichtauftretens in Karlsruhe geschrieben. Soweit sich seine Darstellung auf die Vermögenssteuerverträge bezieht, sind die beiderseitigen Standpunkte zur Genüge dargelegt worden. Richtig zu stellen ist lediglich eine Bemerkung, die irreführend wirkt. In Mannheim hat nämlich der Zirkus eine Reihe von Wochen über den Winter, jedoch deshalb dort ein anderer Steuerfuß als bei einem kurzen Gastspiel angebracht war. Ein solches Bild gibt aber auch die Behauptung des Zirkus, er sei von dem zuständigen Bürgermeister am 2. Juni 1930 nicht empfangen worden. Er verweist zunächst zu erwähnen, daß seine Vertreter wiederholt Gelegenheit gehabt haben zu verhandeln. Insbesondere verweist er die Tatsache, daß Rechtsanwalt Dr. Strauß bei seiner Vorprache am 2. Juni ds. Js. — als übrigens Sarrafini schon mit Durlach abgeschlossen hatte — in wirklich eingehender Besprechung mit dem zuständigen Referenten die Gründe erfahren hätte, die es tatsächlich unmöglich machten, über die Vermögenssteuerverträge noch weiter zu verhandeln. Die Stadt hatte nämlich schon vorher, wie nun zur Genüge bekannt sein wird, mit einem anderen Unternehmen einen Vertrag abgeschlossen,

der es ihr nicht ermöglichte, den Zirkus Sarrafini während der Gastspielreise dieses Vertrages zuzulassen. Die Stadt wäre sonst vertragsbrüchig und schadenverursachend gemordet. Vollkommen unrichtig ist ferner, daß die Stadtverwaltung irgendeinen unerschöpflichen Druck auf das Reflektationsinstitut Doneder ausgeübt hat. Die Stadtverwaltung hat lediglich mit Rücksicht auf die manövalen unbeschäftigten Formen im Konkurrenzstadium zwischen zwei Zirkusunternehmen die Firma Doneder gebeten, den Zuschlag von Plakaten davon abhängig zu machen, daß der Zirkus Sarrafini die polizeiliche Genehmigung zu einem Gastspiel in der fraglichen Zeit nachweise. Als diese Frage zu Gunsten von Sarrafini entschieden war, bestand nicht der geringste Hinderungsgrund, Plakataufhänger zu treiben. Unrichtig ist auch die zu allgemein gehaltene Behauptung, daß auf Betreiben der Stadtverwaltung die Polizeidirektion das Gastspiel des Zirkus Sarrafini im ganzen Bezirk Karlsruhe verboten habe. Tatsache ist vielmehr, daß seit Jahren die Polizeidirektion im Einvernehmen mit der Stadt nur zwei Zirkusunternehmen jährlich hier zuläßt, ferner daß die Polizeidirektion schon vor dem Zulassungsantrag von Sarrafini für die erste Hälfte des Jahres einem anderen Unternehmen die polizeiliche Erlaubnis gegeben hatte und dem Zirkus Sarrafini für die gleiche Zeit nicht auch noch die Erlaubnis geben konnte. Für irgendeinen Zeitpunkt in der 2. Hälfte des Jahres war diese Erlaubnis ohne weiteres in Aussicht gestellt.

## Verammlung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Die Verammlung fand am 15. Juni 1930 im Volkshaus statt mit folgender Tagesordnung: 1. Kartellbericht und Mitteilungen. 2. Beschlusbildung über die Anträge zum Verbandstag. 3. Sonstige Angelegenheiten. Koll. Senkler gab zunächst den Kartellbericht. In ausführlicher Weise behandelte er die Erhöhung des Bierpreises und erstattete Bericht über die hierüber stattgefundenen Verhandlungen zwischen Ortsauschuss und den maßgebenden Vereinen. In ausführlicher Weise behandelte er die Erhöhung des Bierpreises und erstattete Bericht über die hierüber stattgefundenen Verhandlungen zwischen Ortsauschuss und den maßgebenden Vereinen. In ausführlicher Weise behandelte er die Erhöhung des Bierpreises und erstattete Bericht über die hierüber stattgefundenen Verhandlungen zwischen Ortsauschuss und den maßgebenden Vereinen.

Unter Mitteilungen gab Koll. Hils einen kurzen Bericht über die in letzter Zeit vorgekommenen wichtigsten Begebenheiten. Er streifte die Kündigung des Lohnzins durch die Mälzerei-Vereinigung, behandelte die tarifwidrigen Zustände bei der Firma Simmer, und die bis jetzt getroffenen Gegenmaßnahmen, hierauf streifte er die am 4. Juni stattgehabte Sitzung mit dem Fabrikarbeiterverband, welche im Beisein einer Vertretung der beiden Hauptverbände stattgefunden hat, des weiteren gab er noch einige Differenzen bekannt. Hierüber sprachen sich in der Diskussion die Kollegen eingehend aus. Hierauf befahte sich Kollege Maier mit dem zum Verbandstag gestellten Anträgen, die sämtlich von der Mitarbeiterverammlung angenommen wurden.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung gab Koll. Pleisch noch einen übersichtlichen Bericht über die stattgefundene Sitzung der Kronenbäckerei-Ausschussmitglieder der Ortskrankenkasse Karlsruhe über die Herabsetzung der Beiträge. Hierauf schloß der Vorsitzende Koll. Maier die Verammlung.

Schneeweiß wie diese Blütenkelche  
wird Deine Wäsche durch das vorzügliche selbsttätige Waschmittel

**Ozonil**



### Erwischter Hitler in Uniform

Zur Anzeige gelangte in der gestrigen Nacht ein Nationalsozialist, weil er gegen das Uniformverbot verstoßen hat. Zwei anderen Angehörigen dieser Partei wurden zwei Handwaffen abgenommen.

### Die Polizei berichtet:

Zum Ueberfall auf das Reichsbanner

Zu unserem Bericht am Montag Abend wird noch gemeldet: Die angestellten Erhebungen haben ergeben, daß bei der Belästigung der Reichsbannerabteilung am Samstag Abend in der Kappelstraße unter anderem auch ein Nationalsozialist beteiligt gewesen ist.

#### Diebstähle

Am Dienstag wurden 3 Fahrräder gestohlen. Von einem Fahrrad wurde die elektrische Beleuchtung entwendet. Ein Fahrrad, das vermutlich von einem Diebstahl herrührt, wurde aufgefunden. Einem 19 Jahre alten Hilfsarbeiter wurde am Dienstag in der Turnhalle der Kant-Oberrealschule aus seiner Hosentasche eine goldene Armbanduhr im Wert von 30 M. gestohlen.

Einem ledigen Verkäufer wurden aus seinem in der Unterführung des hiesigen Hauptbahnhofes aufbewahrten Arbeitsmantel 40 M. gestohlen.

Vom Fahrrad eines Baumaterialienhändlers, das dieser im Hof einer Wirtschaft in der Hebelstraße untergestellt hatte, verschwand eine Aktentasche mit Inhalt im Wert von 43 M.

Am Montag wurden vier Fahrradbestiehlungen angezeigt. Ein Fahrrad wurde herrenlos aufgefunden.

#### Ein sauberer Gaß!

Vor einigen Tagen erschien bei dem Richter des Schießstandes von Kappenberg ein junger, gut gekleideter Mann und fragte nach einem Zimmer. Der Richter nahm den Fremdling auf und beherbergte ihn zwei Nächte. In der dritten Nacht verschwand der junge Mann unter Mitnahme von Kleibern, Taschengeldern usw. im Wert von 325 Mark.

#### Gefahr eines Wüstlings

Einem Beamten der Wache Rheinhafen gelang es, einem Wüstling das Handmerk zu legen, der in der Darlarber Straße und südl. Weststraße Frauen und Mädchen gegenüber sich schamlos benommen hatte. Er wurde ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

#### Verkehrsunfall

Am Dienstag mittag erfolgte Ecke Erbprinzen- und Herzenstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Lieferkraftwagen und einem Personenkraftwagen. Der Lieferwagen wurde stark beschädigt. Der Schaden beträgt etwa 200 M. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

#### Unfall

Ede Eitlinger und Augustenstraße lief am Dienstag nachmittags ein verheirateter 60 Jahre alter Reichsbahnoberinspektor aus Unvorsichtigkeit in einen ankommenden Straßenbahnwagen hinein, trotzdem der Führer desselben anhaltend Signal gegeben hatte. Der Angefallene wurde zu Boden geworfen und erlitt leichtere Verletzungen. Er konnte seinen Weg allein fortsetzen.

#### Festgenommen

wurde ein junger Mann, weil er sich an zwei Mädchen am Alter von 4 und 5 Jahren vergewaltigt hatte.

## Arbeiter-Sportkartell Mühlburg-Grünwinkel

Morgen nachm. 4 Uhr anlässlich der Reichsarbeiter-Sportwoche auf dem Grünwinkeler Sportplatz

### Sportl. Vorführungen

der Turner, Fußballer, Athleten, Radfahrer, Schach usw. Hierzu laden wir die gesamte Bevölkerung freundlichst ein. Eintritt frei

#### Die Vorstandschaft

(:) Zu dem tödlichen Unfalltod von Frau Krips werden uns nach folgende Einzelheiten mitgeteilt: Frau Krips hatte die Absicht, die Mutter ihres Mannes, Frau Dr. Krips, zu deren Geburtstag am 16. Juni in Wien zu besuchen. Frau Maria Krips fuhr am Samstag mittag in bester Laune ab. Ihr Gatte wollte zuerst nicht in die lange Fahrt einwilligen, gab aber schließlich nach, weil ja seine Frau als erfahrene Autofahrerin schon viele große Touren allein gemacht hatte. Am ersten Tag fuhr Frau Krips bis München, von wo sie eine Karte von der glänzend verlaufenen Fahrt an ihren Mann schrieb. Gleichzeitig mit dieser Karte traf am Montag früh eine Karte aus Emdorf (zwischen München und Traunstein) ein, von wo Frau Krips schrieb, daß sie feststehe, da sie hinten am Wagen etwas beschädigt habe, was jetzt gerichtet würde. Auf der andern Kartenseite vermerkte sie dann später, daß der Wagen fertig sei und daß es jetzt weitergehe. Einige Stunden später ereignete sich, wie aus Wien gemeldet wurde, das Unglück in einer Kurve, bei deren Durchfahren sich der Wagen zweimal überschlug und Frau Krips herausgeschleudert wurde. Selbst ohne Kenntnis der genaueren Einzelheiten bränzte sich jedoch die Annahme auf, daß wohl kaum ein Materialschaden die Ursache des Unfalls gewesen sei, sondern ungünstige Umstände, die in der Beschaffenheit der Straße und im Verhalten der Fahrerin selbst lagen die Hauptursache tragen dürften. Es konnte angenommen werden, daß Frau Krips, wenn sie auch viel ausbietet, bei dem herrschenden schwülen Wetter nach zweitägigem Fahren doch bereits reichlich ermüdet am Steuer saß. Diese Vermutungen haben sich jetzt durch den authentischen Bericht eines Augenzeugen bestätigt. Ein Wiener Arzt fuhr abends 7 1/2 Uhr mit seinem Wagen, den Frau Krips kurz vorher in scharfem Tempo überholt hatte, etwa 300 Meter hinter ihr und sah das Unglück mit an. Durch eine starke Kurve, die nicht ausgebaut war, also auf der Außenleiste tief lag, wollte Frau Krips mit ziemlicher Geschwindigkeit durchfahren, wobei der Wagen aus der Kurve getragen wurde. Bei dem Versuch, den Wagen wieder zu fangen, überschlug sich das Gefährt und Frau Krips wurde die Köpfeung hinuntergeschleudert, wobei sie mit dem Kopf aufschlag und einen Schädelbruch erlitt. Der hinter ihr fahrende Arzt war sofort zur Stelle und fand sie bereits tot. Dem sie begleitenden Hund war nichts geschehen.

(:) Medizinalrat Krumm gefordert. Im 65. Lebensjahr ist ganz unerwartet der Chefarzt des Diakonissenkrankenhauses, Medizinal-

rat Dr. Ferdinand Krumm, gestorben. Mit ihm ist einer der bekanntesten Chirurgen der Landeshaupstadt aus dem Leben geschieden. 34 Jahre lang war er bei der Evana. Diakonissenanstalt tätig.

(:) Der Baggersee. Man schreibt uns: Wer kennt ihn nicht, den idealen Freibadplatz, seit Jahren von vielen tausenden Karlsruher Badelustigen mit Freuden besucht. Es ist der auf Darlarber Gemarkung im Gewann „Frischlach“ gelegene Baggersee. In den Tälchen und Abertälchen in ihren Freizeiten ein frisches Bad und Erholung spendet. Nun soll dieser ideale Erholungsort hauptsächlich für Kinder, die im dem Frischen, Haren Wasser tummelten, der Baden verboten werden. Man höre und staune! Im Auto, der Rad und Hund wurde die Verfolgung aufgegeben, die armeneligen Geschöpfe aufgeführt, polizeilich gestellt und zur Anseine gebracht. Geradezu ein Skandal ist es, wie sich diese Beamtraten vorfanden, ebenso ein Skandal ist es, man den Armen der Armen und diese sind es ohne Zweifel, sich im Baggersee erholen, diese ideale Badefläche in brutaler Weise verbieten will. Man muß nämlich bedenken, daß ein erwerbsloser Familienvater mit mehreren Kindern infolge der großen Not nicht nach Kappenberg gehen kann, aber ein Bad nehmen, um die Gesundheit zu stärken, wollen sie auch.

#### Veranstaltungen

„Sturmposel“-Flugverband der Werkstätten. Freitag, 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Nebenzimmer des „Gambrius“ wirtliche Kurse Mitteilungsbesprechung betr. Reichsarbeiterkongress 1930.

Musikisches Konfessionarium. Das Violinorchester, welches Dr. Weidmann nächsten Freitag im Eintrachtssaal veranstaltet, bringt die 5. Sinfonie von Bach, das G-dur Konzert von Beethoven und Suite von Satie. Kreisler und Paganini, ein in jeder Hinsicht interessantes, abwechslungsreiches Programm.

Konzerte im Stadtpark. Am Donnerstag (Fronleichnam), den 20. Juni ds. 33., finden im Stadtpark drei Konzerte statt und zwar: 1. Frühkonzert, zu dessen Beginn kein Musikanschlag erhoben wird, von 11 1/2-12 1/2 Uhr (Die Späterverkäufe erfolgt mit Nachdruck auf dem Vormittag stattfindende Fronleichnamspredikation), ein Nachmittagskonzert von 16-18 1/2 Uhr und ein Abendkonzert von 20-22 1/2 Uhr. Sämtliche Konzerte werden von dem Gemeindefestkomitee unter Leitung des Obermusikleiters a. D. Schwabe ausgeführt. deren Konzertprogramme für diesen Tag einige schöne Felerstunden den Konzertbesuchern bereithalten.

#### Dereinsanzeigen

Bei 3 n. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## LEISTUNGSFÄHIGE SPEZIAL-FIRMEN

**Natürliche Mineralbrunnen**  
des In- und Auslandes  
zu Kurzwecken und als tägliches Tischgetränk  
in allen Preislagen

**BAHM & BASSLER**  
KARLSRUHE I. B. Gegr. 1887  
FREIBURG I. Br. Lagerhausstr. 19, Tel. 2967

**Milch und Milchprodukte**  
in den verschiedensten Formen sind die besten und bei ihrem hohen Nährwert zugleich die billigsten Nahrungsmittel

**Milchzentrale Karlsruhe**  
G. m. b. H.

**Gebrüder Gretschmann**  
Karlsruhe-Rüppurr, Löwenstraße 22  
Lager: Eggenstein Telephone 5061 und 6598

**Steinhauerei und Kunststein-Fabrik**  
Baumaterialien

Lieferung sämtlicher Steinhauerarbeiten in Natur- und Kunststein. Spezialität: Kunststein mit Vorsatz, steinmetzmäßig bearbeitet. Treppen, Gartenposten (stark armiert), Terrazzo-Arbeiten, Zementstufen in allen Dimensionen, Grabdenkmäler in sämtl. Weich- und Hartgesteinen, nach eigenen und gegebenen Entwürfen

**Gustav Siegrist**  
Südl. Hildapromenade 5  
Telephon 5283

**Bauunternehmen für Hoch-, Tief- und Eisenbetonbau**

**Sparerer**  
müssen heute mehr denn je Wert auf unbedingte Sicherheit ihrer Einlagen legen  
Sie bringen deshalb ihre Ersparnisse zu

**Städt. (Oeffentl.) Sparkasse**  
Baden-Baden  
die dieselben von 1. RM. an zeitgemäß verzinst u. sicher anlegt

**AUGUST SCHAIER**  
Karlsruhe / Gegründet 1876  
Fabrik: Roonstraße 24  
Lagerplatz: Klauprechtstr. 9  
Fernsprecher 435

**Fenster-, Türen- und Möbelfabrik / Glaserei**  
Schaufenster-Anlagen / Laden-Einrichtungen

**KNOPF GESCHWISTER**  
Das große moderne Warenhaus für Alle

Die schönsten

**Cosana-Bade-Anzüge**  
kaufen Sie im Corsetthaus

**A. LUCAS Nachf.**  
Kaiserstraße 98

Verlangen Sie zur Herrichtung Ihres Fußbodens bei der

**Drogerie Mayer, Ecke Wilhelm- u. Schützenstraße**

**Bäurin - Fußbodenlackfarbe**  
Sie fahren gut und billig!

**Die niedrigsten Preise** für Damenmäntel  
Blusen, Röcke, Pullover, Regenschirme usw. finden Sie in  
**Daniels Konfektionshaus, Wilhelmstr. 36, 1 Treppe**  
Keine Ladenspesen! Ratenkaufabkommen der Badischen Beamtenbank!

**Badische Heizungsbaufirma**  
Karlsruhe  
Friedrich Weigels Inh.: Wilh. Hauk

Heizungs- u. Lüftungsanlagen aller Systeme — Abwärme-Verwertung

Fernsprecher 1534  
Büro und Lager Viktoriastraße 3  
Entwürfe, Kosten-Anschläge, Ing.-Beratung kostenlos

Tagungen

Tagung des Reichstädtetages in Leipzig

Der Reichstädtetag, der etwa 1500 Städte mit nahezu 10 Millionen Einwohnern umfaßt, hat in diesem Jahre aus Sparmaß-

Der Leipziger Oberbürgermeister eröffnete die Sitzung und begrüßte die zahlreich erschienenen Vertreter der Regierungen des Reiches und der Länder...

Am Anschließ daran übertrug Ministerialrat Dr. Pulvermann dem Reichsminister des Innern Grüße und Wünsche der Reichsregierungen und Oberregierungsrat Dr. Schmidt vom sächsischen Ministerium des Innern...

13. Verbandstag des Badischen Schuhmachermeisterverbandes

Der 13. Verbandstag des Badischen Schuhmachermeisterverbandes in dem festlich geschmückten Saal des Schiffhauses...

Sport

Konflikt zur Reichsarbeiterportwoche der oberen Hardt

Am Sonntag, 15. Juni, fand der Auftakt zur Reichsarbeiterportwoche, verbunden mit dem 100-jährigen Stiftungsfest der Turnerischen Bietigheim, auf dem schon gelegenen Sportplatz an der Heberbach in Bietigheim statt.

Rebiterportier, merkt Euch: Wie die SPD Verrat übt!

Das Zentralorgan für Schwindel und Verlogenheit, die sogenannte Arbeiterzeitung in Mannheim, läßt sich unter obiger Überschrift aus Karlsruhe berichten, daß die kommunistische Arbeiterzeitung...

Sarrasani

Sarrasani hält, was er verspricht! Sarrasani hat sehr viel versprochen! Die geistige Erfindungsgabe hat er bewiesen, daß Sarrasani das Beste, das er vermag, restlos gegeben hat.

Die Eröffnungsvorstellung rechtfertigte voll und ganz die Erwartungen, die man an die Darbietungen dieses Weltunternehmens knüpfte. Es ist unmöglich, Einzelheiten zu bringen, man müßte ein paar hundert Namen aufzählen...

Neben den Menschen die Tiere! Es wird auch noch die alte Zirkustradition bei Sarrasani gepflegt und hochgehalten: die Malendressuren von Pferden und die klassische Reitkunst.

International, wie die Menschenschau, ist auch die Tierchau. Eine dressierte Menagerie, damit ist alles gesagt, was über die Vorbereitung der dressierten Tiere zu sagen ist.

3. Badischer Krankenkassentag

Der 3. Badische Krankenkassentag fand am Samstag und Sonntag, den 14. und 15. Juni, in der schönen Wälderstadt Triberg statt.

Der Samstag nachmittag vereinigte die Vertreter der Krankenkassen in einer internen Mitgliederversammlung, in der Geschäfts- und Kasselführer der Landesversammlung zur Genehmigung...

Der 3. Badische Krankenkassentag wurde am Sonntag vormittag 9.30 Uhr durch den Vorsitzenden des Landesverbandes, Dr. Schwarzmann, eröffnet.

Ministerialrat Arnsperger dankte im Namen aller eingeladenen Gäste für die freundlichen Bewilligungen und versicherte, daß das Ministerium des Innern stets im höchsten Interesse die Entwicklung der Krankenversicherung verfolge.

Sein Bericht erstreckte sich über die Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Ärzten, den Versicherungsämtern in den Krankenkassen...

Am Anschließ an das Referat gab Herr Prof. Kuepferle-Freiburg ein äußerst anschauliches Bild von der Bedeutung der elektro-physikalischen Selbstbehandlung...

Der Nachmittag vereinigte die Teilnehmer an einer Hörsaalfahrt nach dem Ludwigs-Frank-Rinderheim auf der Katharinenhöhe bei Turzwangen.

Jugend

Achtung, SA, Durlach-Karlsruhe!

Am kommenden Freitag, abends 8 Uhr, findet im Jugendheim der Durlacher SA, Rinsstraße 15, die erste Zusammenkunft der Turner und Pfeiler statt.

Wäschepfellen leicht gemacht!

Manche Hausfrau gibt sich mit ihrer Wäsche die irdenschweren Mühen, damit sie recht schön weiß und nicht etwa grau oder gelblich wird.

